Bergischer Volksbote

Amtliches Verkündigungs-Blatt

Burscheider Zeitung

für die Stadtgemeinde Burscheid

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis: Monatlich durch unsere Boten gebracht einschließlich aller Beilagen 2 RM

Anzeigenpreise: 1 mm Höhe u. 45 mm Breite im Anzeigenteil 8, auswärts 12, im Reklameteil (65 mm breit) 30 Rpf — Anzeigen-Rabatt wird nur gewährt bei pünktlicher Zahlung

Beilagen Der Sport vom Sonntag (Montag), Unterhaltungsbeilage (Dienstag), Aus dem Reiche der Frau (Mittwoch) Unterhaltungs-Beilage (Donnerstag), Landmanns Sonntags-Blatt (Freitag), Der Sonntag (Samstag)

Nr. 81 Redaktion u. Geschäftsstelle Burscheid, Mittelstraße 10 **Burscheid, Donnerstag, 7. April 1932** Postscheckkonto 28571 Köln Fernsprech-Anschluß Nr. 431 **72. Jahrgang**

Der Wahlkampf

Hugenberg über Reichspolitik

In Nürnberg sprach in einer Kundgebung der Deutschnationalen Volkspartei Geh. Rat Dr. Hugenberg über „Reichspolitik" und führte u. a. aus, die deutschnationale Partei nehme es dem Einzelnen nicht übel, wenn er sein Wahlrecht zur Präsidentenwahl wahrnehme und Hitler wähle. Nationale Opposition und Nationalsozialismus seien nicht dasselbe, aber ihr Ziel sei das gleiche. Der Redner kritisierte dann die Regierungspolitik in den letzten Jahren und erklärte, die Deutschnationalen seien der Kern, aus dem ein neues Bürgertum aufwachsen könne. Unter den alten Reichsfarben wolle man zum Siege kommen.

Der Stahlhelm an den Reichspräsidenten

Wie das Contibüro von zuständiger Seite erfährt, ist das Antwortschreiben der Stahlhelmleitung auf den Brief des Reichspräsidenten wegen der Maßregelung von Stahlhelmmitgliedern im Büro des Reichspräsidenten eingegangen. Die Antwort des Stahlhelm ist in einer den Forderungen des Reichspräsidenten entgegenkommenden Weise gehalten.

Nach einer späteren Meldung hat die Bundesleitung des Stahlhelm in ihrem Schreiben an den Reichspräsidenten zum Ausdruck gebracht, daß von ihr selbst keine Ausschlüsse vorgenommen worden sind. Soweit von örtlichen Unterführern Maßregelungen vorgenommen sein sollten, ist eine Zurücknahme in Aussicht gestellt.

von Oldenburg-Januschaus Eintreten für Hindenburg

Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete, Kammerherr von Oldenburg-Januschau, gibt, der D. A. Z. zufolge, seine Stellungnahme zur Reichspräsidentenwahl mit folgender Erklärung zur öffentlichen Kenntnis:

Die Stichwahl zum Reichspräsidenten hat auch unter politischen Freunden verschiedene Auffassungen gezeitigt, die in der Presse bekanntgegeben worden sind. Da auch meine Stellung in dieser Frage in der Oeffentlichkeit erörtert worden ist, erkläre ich folgendes: Nachdem die Wiederwahl des Reichspräsidenten und Generalfeldmarschalls durch einen Vorsprung von 6 Millionen Stimmen gesichert ist, bin ich in der Lage, meiner persönlichen Verehrung für den Herrn Feldmarschall Ausdruck geben zu können, ohne meinen politischen Standpunkt zu verlassen.

Aufruf des Zentrums zur Präsidentenwahl

Die Deutsche Zentrumspartei verbreitet einen Aufruf zur Hindenburgwahl, in dem es u. a. heißt:

„Am 10. April wird der Sieg Hindenburgs vollendet! Die Gefahr des Augenblicks ist die Saumseligkeit bei denjenigen, die im ersten Wahlgang ihre Pflicht getan. Die Erreichung des Wahlzieles erfordert, daß niemand aussetzt, niemand zurückbleibt.

Hindenburg ist der Treuhänder des deutschen Volkes und die Bürgschaft für eine ruhige Entwicklung zum Aufstieg. Darum darf keine einzige Stimme am 10. April fehlen. Es gilt, neue Stimmen zu werben in den Städten und Dörfern. Hindenburg muß siegen, weil Deutschland leben muß!"

Erklärungen des Reichskanzlers

Reichskanzler Dr. Brüning sprach am Mittwochnachmittag in Erfurt.

Angesichts der Behauptung, daß die Reichsregierung neue Beamtengehaltskürzungen vorhabe, verwies der Kanzler u. a. darauf, daß

die Reichsregierung kein Interesse an neuen Gehaltskürzungen oder an einem Abbau der sozialen Leistungen

habe, und daß sie alles daran setzen werde, die Politik so zu leiten, daß neue schwere Opfer möglichst vermieden werden. Wir haben, so führte er aus, wiederholt die Erklärung abgegeben, daß wir

nicht daran denken, neue Maßnahmen im Sinne einer allgemeinen Deflationspolitik zu ergreifen,

weil wir der Ansicht sind, daß die Kaufkraft der breiten Masse der Konsumenten schon zu sehr geschwächt worden ist und daß diese Schwächung dazu führt, daß beispielsweise trotz aufs höchste gesteigerter Lebensmittelzölle keine Preise erzielt werden können, wie sie der Landwirt wünsche, und daß es nur möglich gewesen ist, die Getreidepreise durch Maßnahmen der Zollpolitik so hoch zu halten, daß die deutsche Landwirtschaft nicht zerbricht.

Es gibt keinen anderen Weg, und es wird keinen anderen Ausweg geben, der uns in eine glücklichere Zukunft führt, als

dem Volke die Wahrheit

zu zeigen und nicht um Popularität zu buhlen, ein Weg, der auch einst von Friedrich dem Großen und im Freiheitskriege gegangen werden mußte, um den Zusammenbruch der Nation zu verhindern. Und nur mit dieser Politik werden wir in der Lage sein, die Grundlinien unserer Außenpolitik, die wir an den Punkt herangeführt haben, wo schwerste Entscheidungen nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa bevorstehen, überhaupt durchzuführen und eine Garantie zu bieten, daß in den nächsten Monaten auch Erfolge nach dieser Richtung hin erzielt werden können.

„Schwere Nervenproben" kündigt Dr. Brüning an

In seiner schon erwähnten Rede in Erfurt betonte Reichskanzler Dr. Brüning u. a. noch: Von vornherein möchte ich darauf hinweisen, daß

die nächsten Monate schwerste Nervenproben in den Verhandlungen über die Außenpolitik

bringen werden. Man muß damit rechnen, daß sich

politische Dinge ereignen werden, die vorübergehend einen sachlichen oder seelischen Rückschlag bringen könnten.

Ich betone: Vorübergehend dann, wenn das deutsche Volk die Kraft hat, in einem Jahre, das nach menschlichem Ermessen für Generationen entscheidend sein wird, sich

zur Einigung aufzuraffen.

Wäre es möglich, diese Einheit zu schaffen unter einem Reichspräsidenten, der wie Hitler ein einseitiger Parteikandidat wäre? Nein! Vom Geschick ist uns ein Mann beschieden worden, in dessen politischem Denken und Erkennen es nur eines gibt: Das Vaterland.

Später sprach Dr. Brüning in Weimar.

Die Polizei schließt Versammlungen in Berlin

Aus Berlin, 6. April, wird gemeldet: In einer heute abend abgehaltenen nationalsozialistischen Wahlversammlung wurde der Redner, weil er beleidigende Ausfälle gegen den Reichskanzler machte, von den polizeilichen Aufsichtsbeamten verwarnt. Daraufhin brach ein solcher Tumult im Saale aus, daß die Polizei die Versammlung auflösen mußte. — Die Polizei löste im Sportpalast eine kommunistische Massenversammlung wegen unfriedlichen Charakters auf. Die Polizei hatte einem chinesischen Redner, für den eine Sprecherlaubnis nicht eingeholt worden war, das Wort verboten, worauf die Kommunisten in Niederrufe ausbrachen.

Vor dem Zusammentritt der Internationalen Arbeitskonferenz

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes ist in Genf zusammengetreten, um insbesondere die internationale Arbeitskonferenz, die am nächsten Dienstag eröffnet wird, vorzubereiten. Die deutsche Regierung wird auf der Konferenz durch den früheren Reichsarbeitsminister Dr. Brauns und Ministerialdirektor Dr. Grieser vertreten sein. Im Mittelpunkt der Diskussionen dürfte wie im Vorjahr die Weltwirtschaftskrise und die Weltarbeitslosigkeit stehen.

Die Warenhaussteuer bleibt bestehen

Die Aufhebung der erhöhten Umsatzsteuer für Konsumvereine und Warenhäuser, die der Reichstag in einer Entschließung verlangt hatte, lehnt die Reichsregierung in ihrer Antwort auf diese Entschließung mit Rücksicht auf die Finanzlage ab.

Deutsche Landwirtschaftsvertreter bei Hindenburg



Reichspräsident von Hindenburg empfing eine größere Abordnung von Landwirten und ländlichen Gemeindevorstehern unter Führung von Landrat a. D. Gereke vom Hindenburg-Ausschuß (rechts von Hindenburg), die ihm die Wünsche der deutschen Landwirtschaft überbrachte.

Die Grenzen sind abgesteckt

Der neue Reichshaushalt enthält keine Tribute!

Wie eine Berliner Korrespondenz aus zuverlässiger Quelle hört, ist

in den neuen deutschen Haushalt ein Betrag für irgendwelche Tributzahlungen nicht mehr eingesetzt

worden. Damit ist auf deutscher Seite eine Grenze abgesteckt, die unlängst auf französischer Seite der Ministerpräsident Tardieu dadurch festlegte, daß er die vollen

328 Millionen unter den zu erwartenden Einnahmen des französischen Haushaltes

verbuchte, die Deutschland in diesem Jahre zu zahlen hätte, wenn es den Youngplan erfüllen müßte. Die Gegenpole sind also jetzt genau bezeichnet.

Wenn aber zwei dasselbe tun, ist es, wie eine alte Wahrheit sagt, nicht dasselbe. Es besteht ein großer Unterschied zwischen diesen Maßnahmen. Als man

Tardieu

in der Kammer fragte, wie er dazu käme, einen Posten unter die Einnahmen aufzunehmen, von dem er wie alle wüßten, daß er bestimmt nicht eingehen würde, zog er sich mit einer mehr geschickten, als ernsthaften Antwort aus der Schützenlinie, aus der deutlich zu entnehmen war, daß diese seltsame Haushaltsgebarung

keinen anderen Zweck als den einer diplomatischen Aktion

hatte. Wenn Frankreich die Tribute in seinen Haushalt aufnimmt, so ist das nichts anderes als eine außenpolitische Demonstration. Im Grunde wissen auch diejenigen, welche unbedingt auf weiteren Tributzahlungen Deutschlands bestehen, daß das Reich auf lange Zeit hinaus auch beim besten Willen nicht in der Lage wäre, zu zahlen. Andererseits muß man Tardieu zubilligen, daß man allzu leicht einen vorzeitigen Verzicht auf Kriegszahlungen hätte herauslesen können, wenn Frankreich es unterlassen hätte, die Tribute unter die Einnahmen dieses Jahres zu rechnen. Genug: die Tribute im französischen Etat sind ein Luftposten, und alle wissen es.

Ganz anders verhält es sich bei dem Schritt der Reichsregierung.

Wenn sie in ihrer Etataufstellung von der Sollseite die Tribute streicht, so wird dabei zwar auch der Zweck einer außenpolitischen Demonstration in einer Zeit erreicht, wo das Geschiebe der großen weltpolitischen Fragen in Bewegung gerät, aber dahinter steht

der ganze Ernst eines verzweifelten Volkes.

Zuerst einmal spricht dafür die tatsächliche Lage. Nicht ausdrücklich, aber indirekt ist auch von den Franzosen anerkannt worden, daß, nach der gegenwärtigen Wirtschaftslage Deutschlands zu schließen, Tribute in absehbarer Zeit — solange die „Weltdepression" anhält, wie der Baseler Sachverständigenbericht sagt — einfach nicht gezahlt werden können. Darüber hinaus aber ist es die Ueberzeugung der deutschen Regierung und des deutschen Volkes, daß Tributzahlungen unmöglich sind, weil sie, wieder aufgenommen, die Weltwirtschaft von neuem durcheinander bringen müßten. Zum dritten und letzten ist es, nachdem der „Wiederaufbau" bezahlt wurde, eine Ehrensache!

Osthilfe und Ostwirtschaft

In einer Rundfunkrede erklärte der Reichskommissar für die Osthilfe,

Reichsminister Schlange-Schöningen,

für das gesamte Deutschland hänge alles davon ab, Ostpreußen nicht nur politisch festzuhalten, sondern es auch wirtschaftlich wieder so gesund zu machen, daß eine kerndeutsche Menschenschicht imstande sei, für Jahrzehnte und Jahrhunderte die Macht an der Grenze zu halten. Charakteristisch für den ganzen Osten sei, daß die Grundlage seines gesamten Wirtschaftslebens auf einer blühenden Landwirtschaft beruhe. Noch keine deutsche Regierung sei so entschlossen zugunsten der Rettung des Ostens eingetreten wie diese. Durch

das Sicherungsverfahren

sei zunächst einmal der absolute Verfall von rund 60 000 deutschen Landwirtsbetrieben aufgehalten worden, Betriebe, von denen die wenigsten überhaupt noch einen Pfennig Kredit auf dem freien Markt bekommen hätten. Das Sicherungsverfahren werde nicht eher aufgehoben, als der Betrieb entweder entschuldet oder als völlig sanierungsunfähig in Zwangsverwaltung gegangen ist. Bei diesen sanierungsunfähigen Betrieben müsse jene

Siedlungspolitik im großen Stil

durchgeführt werden, die der deutsche Osten braucht. Was sich jetzt vollzieht, müsse zugleich ein

Wiederingangbringen des gesamten Wirtschaftslebens

sein, wobei sowohl auf die Genossenschaften wie auf Handel und Gewerbe, insbesondere auf die Handwerker und die kleinen Gewerbetreibenden sowie die Landarbeiter Rücksicht zu nehmen sei. Der Redner wies darauf hin, daß nicht nur in Deutschland, sondern

in der ganzen Welt die Landwirte sich in Not

befinden, und daß es in Deutschland nicht nur dem Landwirt, sondern dem ganzen Volk schlecht geht. Der Landwirtschaft sei nur durch freiwillige Mithilfe der anderen Berufsstände zu helfen.

Reichsminister Schlange-Schöningen entwickelte schließlich als seine persönliche Ansicht den Gedanken einer

grundsätzlichen Neuorientierung der deut-

schen Agrarpolitik im Sinne einer vernünftigen Kontingentierungswirtschaft,

durch die der zusätzliche Bedarf an Agrarprodukten in erster Linie in denjenigen Ländern gekauft wird, wo die Industrie ihre größten Exportinteressen hat, und durch die gleichzeitig die notwendige Stabilisierung der Preise für Agrarprodukte erreicht wird. Die Notwendigkeiten der agrarischen Preisbildung, die Bedürfnisse des industriellen Absatzes und die Lebensmöglichkeiten der Verbraucher müßten also zu einem inneren Ausgleich gebracht werden.

Maßregelung des Oberstleutnants a. D. Fleischhauer-Erfurt

Der Oberstleutnant a. D. Fleischhauer hatte am 4. März an den Sohn und Adjutanten des Reichspräsidenten von Hindenburg einen Offenen Brief gerichtet, in dem er diesen in kräftigen Ausdrücken beschuldigte, seinen Vater über den Mißbrauch des Namens Hindenburg und über die wahren Stimmungen der nationalen Kreise nicht aufgeklärt zu haben. Von zuständiger Berliner Stelle wurde dazu bemerkt, daß es sich in dem Schreiben um eine Reihe längst widerlegter Unwahrheiten handele. Nun richtete der Chef der Heeresleitung, General von Hammerstein, an die in Erfurt stationierte dritte Kavalleriedivision ein Schreiben, in dem es heißt, daß wegen dieses Verhaltens des Oberstleutnants a. D. Fleischhauer jeder Verkehr mit ihm abzubrechen sei und Veranstaltungen, die mit ihm zusammenführen, zu vermeiden oder zu verlassen seien. In einer öffentlichen Entgegnung, so berichtet die Tel.-Union, erklärt Oberstleutnant a. D. Fleischhauer hierzu, damit behandele der Chef der Heeresleitung ihn wie einen räudigen Hund. Aber auch diese Maßregelung werde ihn nicht veranlassen können, den Kampf gegen den Mißbrauch des Namens Hindenburg weiterzuführen.

Stimmen zu den Veröffentlichungen der preußischen Regierung

Das von der preußischen Regierung veröffentlichte Material über nationalsozialistische Pläne wird von den politischen Blättern besprochen.

Die Blätter, die den preußischen Regierungsparteien nahestehen,

nehmen in schärfster Form gegen diese nationalsozialistischen Pläne Stellung und bezeichnen das Eingreifen der Regierung als absolut gerechtfertigt und keineswegs übereilt. Sie fordern ein Einschreiten der Reichsregierung und betonen, daß das deutsche Volk am nächsten Sonntag diesem System die endgültige Absage erteilen werde. Die **Germania** spricht von einem „wahnsinnigen Spiel" der Nationalsozialisten, die einen Staat im Staat bildeten. Die **Vossische Zeitung** warnt vor nachträglicher Panik. Die Doppelzüngigkeit der Nationalsozialisten sei geradezu beispiellos in der politischen Geschichte. Das **Berliner Tageblatt** sagt, man habe noch niemals mit so eindringlicher Deutlichkeit das wahre Gesicht dieser „legalen Truppe" gesehen, wie jetzt. Der **Vorwärts** spricht von einer „Armee neben dem Heere des Staates". Der Staat, der diese dulden würde, würde sich aufgeben. Der **Börsencourier,** der betont, daß die Veröffentlichungen nur „Kostproben" seien, stellt der nationalsozialistischen Partei, die 11 Millionen zähle, die eine halbe Million des „braunen Heeres" gegenüber.

Die Blätter der Opposition

sehen im Gegensatz zu diesen Aeußerungen in den bisherigen Veröffentlichungen noch keinen endgültigen Beweis für Putschabsichten der Nationalsozialisten. Zum Teil verweisen sie auf die Verhältnisse beim Reichsbanner und der Eisernen Front, die auch größere Abteilungen zusammen gezogen hätten. Die **Deutsche Allgemeine Zeitung** bedauert insbesondere den Eindruck auf das Ausland. Die deutschfeindliche Propaganda werde durch diese seitenlangen Berichte der preußischen Regierung neuen Auftrieb erfahren. Der **Lokalanzeiger** meint, es werde sich zeigen, inwieweit der Oberreichsanwalt wirklich einen Zugriff für notwendig halte. Der **Tag** ist der Auffassung, daß die preußische Regierung, wenn alle Behauptungen zuträfen, den Oberreichsanwalt schon längst hätte zu schärfstem Eingreifen veranlassen müssen.

Polizeikostenzuschüsse werden auch Braunschweig nicht gesperrt

Bei der Etatsberatung im März 1931 hatte der Reichstag gefordert, daß beim Abschluß der Verträge über die Fortzahlung der Polizeikostenzuschüsse dafür gesorgt werde, daß kein Anspruch auf Zahlung an solche Länder gewährt wird, die Angehörige von Parteien, die mit oder ohne ausdrückliche Billigung ihrer obersten Führung den gewaltsamen Umsturz propagieren, in die Schutzpolizei aufnehmen oder zu Vorgesetzten der Schutzpolizei machen. Darauf erwiderte die Reichsregierung:

„Ein zwischen Reich und Ländern abzuschließender Vertrag, der der Forderung der Entschließung entspricht, befindet sich in Vorbereitung."

Auf eine weitere Reichstagsentschließung, die die sofortige Einstellung der Zahlung von Polizeikostenzuschüssen an das Land Braunschweig forderte, lautete die Antwort:

„Nach Auffassung der Reichsregierung liegen die Voraussetzungen, welche erforderlich sind, um Braunschweig die Polizeikostenzuschüsse zu sperren, zur Zeit nicht vor."

Obwohl diese Antworten der Regierung schon längere Zeit zurückliegen, hat sich, wie das Nachrichtenbüro des VdZ. hört, an ihrer inhaltlichen Richtigkeit inzwischen nichts geändert.

Die Viermächtekonferenz

Vor Beginn!

Aus London, 6. April, meldet das Wolffbüro: Es ist anzunehmen, daß heute gleich zu Beginn der Verhandlungen der Viermächtekonferenz den deutschen und italienischen Konferenzteilnehmern

das Protokoll über die französisch-britischen Besprechungen zur Einsicht

vorgelegt werden wird.

Andeutungen gut unterrichteter britischer Kreise lassen einige Schlüsse auf den Tenor der französisch-britischen Besprechung zu:

Großbritannien, so wird betont, hat bereits soviel Geld, vorläufig ohne Aussicht auf Zurückerstattung, in Oesterreich und Ungarn angelegt, daß die Gewährung neuer Anleihen als höchst zweifelhaft angesehen werden muß. Frankreich komme als einziger Geldgeber in Betracht. Auf britischer Seite ist man nicht geneigt, irgendeinem Plan für die Rehabilitierung der Donauländer zuzustimmen, der ohne aktive Zusammenarbeit mit Deutschland und Italien zustandekommen würde.

In britischen Kreisen scheint man sich noch nicht völlig klar darüber zu sein, daß die Aufgabe der Meistbegünstigung vonseiten Englands ein weit geringeres Zugeständnis bedeuten würde, als vonseiten Deutschlands, dessen Handel mit den Donaustaaten 10% seines Gesamthandels umfaßt.

Wenn man daher sich auf britischer ebenso wie auf französischer Seite der Hoffnung hingibt, daß Deutschland bereit sein wird, auf Meistbegünstigung zu verzichten, so wird man wahrscheinlich einer gewissen Enttäuschung nicht entgehen können, da derartige Zugeständnisse vonseiten der deutschen Delegierten nicht gemacht werden können.

Wie weiter von britischer Seite verlautet, ist bei den französisch-englischen Besprechungen auch das Problem der Kriegsschulden und Reparationen eingehend behandelt worden.

Man erwartet als Ergebnis der Lausanner Konferenz, daß, „soweit Europa in Betracht kommt", in unmißverständlicher Weise das Ende der Reparationen für immer verkündet werde.

Es ist kaum zu erwarten, daß die Bereitwilligkeit Frankreichs, eine solche Haltung der Lausanner Konferenz zu fördern, ohne Ansprüche auf anderem, vor allem politischen Gebiet, erreicht worden ist.

Von britischer Seite wird betont, die Entwicklung einer derartigen Lage hänge davon ab, daß „Frankreich nicht beunruhigt wird", mit anderen Worten, der Gedanke eines „politischen Waffenstillstandes, das ist der Nichtaufwerfung der Frage einer Revision des Versailler Vertrages während eines bestimmten Zeitraumes beginnt wieder in den Vordergrund zu treten.

Ankunft der deutschen Vertreter in London

Die deutschen Delegierten für die Viermächtekonferenz, an der Spitze Staatssekretär von Bülow und Ministerialdirektor Dr. Posse, trafen am Mittwoch um 8.45 Uhr auf dem Bahnhof Liverpoolstreet in London ein. Sie wurden von einem Vertreter des Premierministers und des Staatssekretärs des Aeußern sowie von dem deutschen Botschaftsrat Grafen Bernstorff empfangen. Auf dem Bahnhof hatte sich eine große Menschenmenge eingefunden.

Der italienische Außenminister Grandi

traf Dienstag abend zur Teilnahme an der Viermächtekonferenz in London ein. In einem Interview mit Reuter sagte er: Ich habe mit großem Interesse die Besprechung zwischen dem britischen und dem französischen Premierminister verfolgt, und ich glaube, daß sie dem Erfolg der Konferenz zugute kommen werden. Wenn die Probleme mit gutem Willen ohne Voreingenommenheit und in einem Geiste aufrichtiger Zusammenarbeit erwogen werden, dann wird es wohl gelingen, etwas Nützliches zustande zu bringen, nicht nur auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiete, sondern auch in Richtung auf die Förderung eines besseren Einvernehmens unter allen Nationen.

Keine restlose englisch-französische Uebereinstimmung

Der diplomatische Korrespondent der „Morningpost" schreibt, Aeußerungen gewisser Teile der französischen Presse hätten das Maß der zwischen Macdonald und Tardieu erreichten Uebereinstimmung etwas übertrieben. Die Annahme, daß die Erörterungen vom Montag über einen freundschaftlichen Meinungsaustausch hinausgingen, sei falsch. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" sagt: Die Besprechungen vom Montag führten zu einer Annäherung des englischen und des französischen Standpunktes hinsichtlich der wirtschaftlichen Seite des Donauproblems. Die finanzielle Seite dagegen wird noch einer sorgfältigen Prüfung bedürfen. Die Londoner Bankiers sind, wie es heißt, nicht geneigt, ohne eine Regierungsgarantie weiteres Geld im Donaugebiet zu riskieren.

*

Dem Sonderberichterstatter des „Petit Parisien" in London erscheint die etwas zu optimistische Beurteilung der Verhandlungen Macdonalds mit Tardieu durch die offiziöse Berichterstattung unangebracht. Die englisch-französisch-italienisch-deutsche Aussprache allein werde über das Schicksal des Planes einer Hilfeleistung für die Donauländer entscheiden. „Ere Nouvelle" schreibt, unbestreitbar habe die Londoner Konferenz noch nicht die in Frankreich gewünschte französisch-englische Einheitsfront schaffen können. Der Außenpolitiker des „Echo de Paris" will nähere Angaben über die zwischen Frankreich und England in London getroffenen Vereinbarungen machen können. U. a. sei englischerseits vorgeschlagen worden, daß die fünf Donauländer den Goldstandard aufgeben sollten. Die französische Delegation habe sich diesem Standpunkt angeschlossen, jedoch sich ausdrücklich vorbehalten, daß ein neuer Goldstandard auf einem weniger hohen Goldniveau sofort in Kraft treten müsse.

Manchester Guardian über die Ergebnisse der Besprechungen Macdonalds und Tardieus

Dem Sonderkorrespondenten des Manchester Guardian zufolge waren die britischen Minister bei den französisch-britischen Besprechungen befriedigt über den realistischen Ton Tardieus hinsichtlich der Reparationen und der Lausanner Konferenz. Der empfangene Eindruck in dieser Angelegenheit sei, daß

die französische offizielle Meinung sich nunmehr in die Gewißheit gefunden habe, daß niemals wieder Reparationszahlungen aufgenommen werden würden,

jedenfalls nicht in großem Umfange, daß ferner die französische Delegation auf der Lausanner Konferenz

nicht die Erneuerung des Hoover-„Mechanismus" verlangen

werde, wonach die deutschen Annuitäten an die BIZ. zu zahlen und an Deutschland zurückzuleihen seien, und von England nur erwartet, daß es von Anfang an den deutschen Versuch bekämpfe, die Aufhebung der finanziellen Bestimmungen des Versailler Vertrages zum Ausgangspunkt der Forderung einer Revision auch der politischen und territorialen Bestimmungen zu machen. Für den Fall, daß sich dies Verlangen als durchführbar erweise, bestehe die Aussicht, daß die Lausanner Konferenz die Reparationen faktisch aufheben werde. In einigen Kreisen werde sogar vorgeschlagen, daß die Lausanner Konferenz früher als Juni zusammenberufen werden möge, und die

Wiederbelebung des Vertrauens durch eine frühzeitige Bekanntgabe des Uebereinkommens zu fördern.

In Bezug auf die Donaufrage werde von der Konferenz nahestehender Seite betont, daß Tardieu und Flandin einer

Ausdehnung des Donauplanes auf Deutschland, Italien, die Schweiz und Polen keinen Widerstand

leisten würden. Die Franzosen hätten den Engländern sieben Punkte unterbreitet, die Maßnahmen zur Unterstützung der Donaustaaten enthielten und vorbehaltlich der von England gewünschten Zustimmung Deutschlands und Italiens sei im Prinzip ein Einvernehmen über fünf Punkte erreicht worden. Es handelt sich dabei um technische Punkte wie z. B., daß Oesterreich, Ungarn und Rumänien finanzielle Hilfe nur unter der Bedingung finanzieller Kontrolle oder anderer Garantien gewährt werden dürfe, damit der Ertrag dieser Hilfe nicht mißbraucht und sein Zweck nicht vereitelt werde, was offensichtlich das Schicksal französischer Anleihen gewesen sei. Für die Tschechoslowakei, deren Finanzen gesund seien und die niemals in irgendeiner Form einer derartigen Maßnahme zustimmen würde, sei kein Vorschlag einer Kontrolle gemacht worden. Ein wesentlicher Punkt des Planes sei in der Tat, die Teilnahme der Tschechoslowakei an ihm zu sichern.

Ein offizieller Bericht

Aus London, 6. April, meldet das Reuterbüro: Ueber die heutigen Besprechungen in der Donaufrage wurde am Ende der Nachmittagssitzung folgender Bericht veröffentlicht:

Es wurde ein Ausschuß gebildet, der über die gegenwärtigen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse der Donaustaaten sowie über die Art der für eine Lösung am besten geeigneten Maßnahmen zu berichten hat. Der Bericht soll morgen erstattet werden. Die Vertreter der vier Mächte kamen weiter überein, einen kleinen Sachverständigenausschuß einzusetzen, der die durch den kürzlich veröffentlichten Bericht des Finanzausschusses des Völkerbundes angeschnittenen Fragen prüfen soll.

Zwei Gruppen
bei den ersten Beratungen in London

Die Verhandlungen der Londoner Donaukonferenz am Mittwoch, so berichtet die Tel.-Union, haben damit geendet, daß der Optimismus, den Macdonald und die französischen Vertreter noch bis zum letzten Augenblick zur Schau trugen, gedämpft wurde und daß

deutscher- und italienischerseits die Besprechungen pessimistisch beurteilt

werden. Entgegen den Erwartungen ist die deutsche und italienische Abordnung von dem Inhalt der Besprechungen zwischen Tardieu und Macdonald nicht unterrichtet worden und eine Besprechung der vorgesehenen Programmpunkte ist ebenfalls nicht erfolgt. Man ist sich daher in Kreisen der deutschen Abordnung

nicht darüber klar, in welchen Punkten eine Einigung zwischen England und Frankreich erzielt wurde

und man weiß auch nicht, ob in der Frage des Donauproblems und in welchem oder bis zu welchem Grade ein englisch-französisches Einvernehmen besteht.

In der Konferenz ergaben sich

zwei Gruppen:

auf der einen Seite

England und Frankreich,

die sich hauptsächlich an der finanziellen Seite des Donauproblems interessiert zeigten und sich im großen und ganzen schon über den Donaubund geeinigt hatten, auf der anderen Seite

Deutschland und Italien,

die rein wirtschaftliche Interessen in den Vordergrund stellten. Italien gab zwar allgemein sein Einverständnis zu der Einführung des Vorzugszollsystems, erhob aber Einspruch dagegen, daß es lediglich auf die Donaustaaten ausgedehnt werden solle und verlangte die Einbeziehung der Großmächte in das System. Hierbei wies der italienische Vertreter auf die besonderen Interessen hin, die Italien als Nachfolgestaat Oesterreich-Ungarns und auf die Nachteile, die den Häfen Fiume und Triest entstehen können. Er machte ferner Einwendungen gegen die gesamte Art des Vorgehens, wie es von Frankreich bei der Durchführung des Donauproblems geplant ist.

Der deutsche Vertreter

wandte ein, daß

die Donaufrage für sich allein nicht lösbar

sei, sondern in Verbindung mit den anderen Problemen betrachtet werden müsse. Er wies darauf hin, daß das Vorzugszollsystem für die Donaustaaten nicht die erwartete Erleichterung und die Hebung der Kaufkraft bringen würde, an der Deutschland interessiert sei. Dieses Verfahren würde keine Vorteile bringen. Die Verhandlungen über diesen Punkt nahmen eine sehr lange Zeit in Anspruch und waren außerordentlich lebhaft.

Von französischer Seite wurde im Verlauf der Verhandlungen die Anregung gebracht, daß die großen Staaten den Donaustaaten ihrerseits einseitige Vorzugszölle gewähren sollten.

Nach der Konferenz vertraten die Franzosen die Auffassung, daß es vielleicht möglich sein werde, Italien zum Einlenken zu bewegen, daß aber der Widerstand von Deutschland her wesentlich stärker sei. Tatsächlich jedoch dürfte das Umgekehrte der Fall sein, denn Staatssekretär von Bülow erklärte, daß

Deutschland zu Opfern bereit sei, wenn hierdurch eine Wiederbelebung der Donauwirtschaft wirklich erreicht werde.

Die Franzosen werfen der deutschen Abordnung vor, daß sie keinen Plan hatte und daß sie keinerlei Gegenvorschläge brachte und erklärten, daß man nun auf einen bestimmten Plan Deutschlands zur Behebung der gegenwärtigen Schwierigkeiten in den Donauländern warten müsse.

England vertritt die Auffassung, daß alle bisherigen Schritte des Völkerbundes völlig zwecklos waren. Die meisten der vom Völkerbund entworfenen Berichte hätten zu keinen praktischen Maßnahmen geführt, weil sie niemals die richtige Stelle erreicht hätten. Der Leiter der englischen Politik legt daher den allergrößten Wert darauf, daß diese Konferenz ein greifbares Ergebnis, und sei es auch unabhängig vom Völkerbund, ergibt. Die Wirtschaftslage in den Donauländern sei derartig ernst, daß sofortige praktische Maßnahmen ergriffen werden müßten. Dementsprechend dringt er darauf, daß die Konferenz möglichst bis Donnerstag abend, sonst aber bis Freitag zu einem Abschluß komme. Die zweite Donaukonferenz soll dann, sowohl von den Großmächten wie von den Donaustaaten beschickt werden.

Bei der deutschen Abordnung nimmt man an, daß man sich vielleicht über eine Einladung einigen, aber eine endgültige Lösung nicht erzielen werde. Die Entwicklung werde vielmehr schrittweise vor sich gehen, wobei deutscherseits sehr stark darauf hingewiesen wird, daß der Völkerbundsrat ein wesentliches Wort mitzusprechen haben werde.

Der Kampf um die Unabhängigkeit der Philippinen

Im Kriegsministerium in Washington, dem die Verwaltung der Philippinen untersteht, erwartet man, daß Präsident Hoover die vom Repräsentantenhaus mit großer Mehrheit angenommene Vorlage über die Unabhängigkeit der Philippinen ablehnen werde. Einmal hat die Regierung, wie Außenminister Stimson ausführte, starke politische Bedenken gegen die Unabhängigkeit der Philippinen, da ein derartiger Schritt „im gegenwärtigen Moment die chaotischen Zustände noch verschärfe und die Inseln entweder ein Raub Chinas oder Japans werden" lasse. Aber auch aus wirtschaftlichen Gründen macht sich jetzt Widerstand geltend, denn von den 306 Abgeordneten, die für Gewährung der Unabhängigkeit stimmten, ließen sich, wie in Regierungskreisen ausgeführt wird, viele nicht von Freundschaft für die Filipinos leiten, sondern im Gegenteil von dem Wunsche, den Außenhandel und die Einwanderung der Filipinos abzudrosseln.

„Graf Zeppelin" auf dem Südamerikaflug

Wie die Hamburg-Amerika-Linie mitteilt, befand sich das Luftschiff „Graf Zeppelin" am Mittwoch um 6 Uhr Greenwicher Zeit auf 30 Grad 7 Min. Nord und 14 Grad 1 Min. West, ungefähr nördlich der Kanarischen Inseln.

Wie eine spätere Meldung besagt, befand sich das Luftschiff um 14 Uhr Greenwicher Zeit auf 20,30 Nord und 20,7 West. Vermutlich wird die Landung Donnerstag abend erfolgen

Verhandlungen Litauens mit den Signatarmächten

Wie nach einer Meldung aus Kowno verlautet, hat die litauische Regierung mit den Signatarmächten der Memel-Autonomie über die Form verhandelt, in der der Fall Böttcher dem Haager Schiedsgerichtshof unterbreitet werden soll.

Die litauische Regierung soll darum bemüht sein, daß die Angelegenheit nicht in der Form der Klage vorgebracht werde. Litauen soll den Signatarmächten vorgeschlagen haben, daß alle Unterzeichner der Memel-Konvention einschließlich Litauens sich kollektiv an den Haager Gerichtshof wenden.

Max Schillings erhält den Beethovenpreis

Wie der Amtl. Preußische Pressedienst mitteilt, ist der im Jahre 1927 vom preußischen Staatsministerium begründete staatliche Beethovenpreis auf Vorschlag des dafür berufenen Kuratoriums von der Preußischen Akademie der Künste dem Komponisten Prof. Dr. h. c. Max von Schillings verliehen worden.

Buchdruckerstreik in Budapest wegen eines Zeitungsverbotes

Aus Budapest, 6. April, wird gemeldet: Wegen des Verbots des sozialdemokratischen Parteiorgans durch die ungarische Regierung hat die Gewerkschaft der Setzer und Drucker mit sofortiger Wirkung beschlossen, einen 24stündigen Generalstreik zu veranstalten, so daß um Mitternacht in allen Zeitungsdruckereien die Arbeit eingestellt wurde und morgen früh keine Zeitungen erscheinen. Die Regierung wird jedoch ein Regierungsblatt mit Hilfe der Technischen Nothilfe (Studenten der Technischen Hochschule) herausbringen.

Wahlen zur ostpreußischen Landwirtschaftskammer

Unter sehr geringer Beteiligung fanden am Sonntag die Wahlen zur ostpreußischen Landwirtschaftskammer statt, die bekanntlich auf Grund einer Entschließung gegen den Reichspräsidenten vom preußischen Staatsministerium aufgelöst wurde. Bisher liegen aus 22 von 37 Kreisen Teilergebnisse vor. Danach entfallen in der neuen Kammer auf die Nationalsozialisten bisher 27 Sitze, auf den Landwirtschaftsverband Ostpreußen 16 und auf den Ermländischen Bauernverein drei Sitze. Das Endergebnis dürfte nicht vor einer Woche zu erwarten sein.

Teilnahme Macdonalds an der Abrüstungskonferenz

„Daily Telegraph" zufolge hofft Premierminister Macdonald, Ende dieses Monats an der Abrüstungskonferenz in Genf teilnehmen zu können. Da es heißt, daß Stimson mindestens bis Anfang Mai in Genf bleiben werde, würde Macdonald dann Gelegenheit haben, mit dem amerikanischen Staatssekretär zusammenzutreffen.

Die 13. Brüsseler Handelsmesse

wurde in den Ausstellungsräumen der Jubiläumshalle von Oberbürgermeister Marx eröffnet. Im Namen der belgischen Regierung begrüßte Arbeitsminister Heyman die Gäste. Dieser sprach die Hoffnung aus, es möge der Zusammenarbeit der Wirtschaft besser als den Regierungen gelingen, die Krise zu überwinden. Die Zollmaßnahmen Belgiens seien der Ausdruck rein defensiver Politik eines an sich freihändlerischen Landes. Der Redner wies auf die Weltausstellung hin, die 1935 in Brüssel stattfinden soll. An die Eröffnungsfeier schließt sich die Besichtigung der Ausstellungshallen. Belgien steht mit 1600 Ausstellern an der Spitze. Deutschland ist mit 161 Firmen vertreten.

Kleine Meldungen

Selbstmord eines Bankbeamten wegen größerer Unterschlagungen. Der Leiter der Devisen-Scheck-Abteilung der Deutschen Bank in Danzig hatte in der verflossenen Woche Selbstmord durch Erhängen verübt. Einer Blättermeldung zufolge hat dieser Vorfall Veranlassung zu einer eingehenden Revision gegeben, die bisher einen Fehlbetrag von etwa 11 000 Mark ergeben hat. Die Revision wird noch fortgesetzt.

Die Lage im Junkerskonzern. Aus Dessau wird gemeldet: Prof. Junkers hat beim Amtsgericht Dessau den Vergleichsantrag für die Forschungsanstalt eingereicht. Der Vergleichsantrag für die übrigen Werke soll ebenfalls noch in dieser Woche erfolgen. Der Vorschlag sieht ein Moratorium von einjähriger Dauer vor mit der Maßgabe, daß der Gläubigerausschuß in die Geschäftsführung Einblick erhält.

Die Löwen des Zirkus Schneider unter dem Hammer. Aus Neapel wird berichtet: Die Versteigerung der 100 Löwen des Zirkus Schneider wird am 17. April beginnen.

Die holländische Käseausfuhr nach Deutschland

In Beantwortung einer ihm von einem Abgeordneten der Zweiten Kammer vorgelegten Anfrage erklärte der holländische Minister für Arbeit, Handel und Industrie, daß der Rückgang der holländischen Käseausfuhr nach Deutschland fast ausschließlich darauf zurückzuführen sei, daß die Kaufkraft der deutschen Bevölkerung infolge der Wirtschaftskrise sehr gesunken sei und daß der holländische Käse teurer sei als die von anderen Ländern gelieferten Käsesorten.

Kleine politische Nachrichten

Aenderungen im diplomatischen Dienst

Wie wir erfahren, treten folgende Aenderungen im diplomatischen Dienst ein: Der Vortragende Legationsrat im Auswärtigen Amt, Freiherr von Reiswitz, ist zum Gesandten in Santiago de Chile ernannt worden. Der bisherige Chef des Protokolls, Graf Tattenbach, geht als Gesandter nach Venezuela. Der Vortragende Legationsrat König übernimmt die Gesandtschaft in La Paz (Bolivien).

Vertreter der Volksrechtspartei beim Reichspräsidenten

Reichspräsident von Hindenburg empfing eine von dem Landtagsabgeordneten Oberschulrat Bauser, Stuttgart, geführte Anordnung der Volksrechtspartei (Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung), welche die Wünsche der in dieser Partei vereinigten deutschen Sparer und Rentner nach unbedingter Abwehr aller irgendwie gestalteter inflatorischer Vorschläge, nach Besserung des Loses der Kleinrentner, nach Neubildung inländischen Kapitals durch Wiederherstellung alten Volksvermögens und nach Förderung der Kapitalbildung vortrug.

Die Revision bei Kreuger & Toll

In Stockholm wurde der zweite Bericht über den Fortgang der Prüfung der Lage des Kreuger-Konzerns ausgegeben. Er hat folgenden Wortlaut:

„Die vom Vorstand der A. B. Kreuger u. Toll ernannten Revisoren teilen nach Beratung mit dem Vorstande der Gesellschaft folgendes mit:

Da es sich gezeigt hat, daß die Klarlegung der Situation der A. B. Kreuger u. Toll noch längere Zeit in Anspruch nimmt, haben die Revisoren die Revisionsfirma Price u. Waterhouse in London beauftragt, einen vorläufigen Bericht über die Prüfung des zuletzt bekanntgegebenen Status der Gesellschaft vorzulegen. Die Revisionsfirma Price u. Waterhouse teilt folgendes mit:

Es steht außer Zweifel, daß sowohl die Bilanzrechnung von Kreuger u. Toll vom 31. Dezember 1930 wie die dem Jahresbericht desselben Jahres beigefügte sogenannte konsolidierte Bilanzrechnung, obwohl sie mit den Büchern übereinstimmte, doch ein sehr unrichtiges Bild von der wirklichen Finanzlage der Gesellschaft gibt. Auf Grund persönlicher Anweisungen des Ingenieurs Ivar Kreuger selbst sind in den Büchern Einfügungen vorgenommen, durch welche einerseits Schulden Ivar Kreugers an die Gesellschaft und den nahestehenden Gesellschaften oder Tochtergesellschaften eliminiert worden sind, während andererseits die Schulden der Gesellschaft selbst an andere nahestehende Gesellschaften verschwunden sind oder Aktiva in bedeutender Höhe fälschlich ausgewiesen wurden. In anderen Fällen muß angenommen werden, daß besondere buchmäßige Aktiva entweder übertrieben hoch angesetzt oder gar nicht vorhanden oder in den Büchern nahestehender Gesellschaften ebenfalls aufgeführt sind. Wenn überhaupt irgendwelche reale Werte hinter diesen Buchungen zu finden sind, so sind sie jedoch in mehreren Fällen unter irreführenden Bezeichnungen in den Büchern aufgeführt worden. Es ist natürlich jetzt unmöglich festzustellen, wie die tatsächliche Lage der Gesellschaft am 31. Dezember 1930 war. Die jetzt vorliegenden Tatsachen geben aber zu der Annahme Veranlassung, daß die Bilanzrechnung eine bedeutend bessere Stellung der Gesellschaft ausgewiesen hatte als sie tatsächlich war.

Die oben genannten Buchungsmanipulationen scheinen auch auf die Gewinn- und Verlustkonten der verschiedenen Gesellschaften ausgedehnt worden zu sein. Durch fiktive Posten ist eine bedeutende Erhöhung der Guthaben für das Jahr 1930 erreicht worden.

Die Revisionsfirma teilt weiter mit, daß sie eine erste Prüfung der Bücher der Continental Investment A.-G., einer im Besitz der International Natch Corporation befindlichen Tochtergesellschaft vorgenommen hat und aus dem Vergleich zwischen den Konten dieser Gesellschaft einerseits und denen der A. B. Kreuger u. Toll und der holländischen Gesellschaft Kreuger u. Toll andererseits festgestellt hat, daß in den Büchern der Continental Investment A.-G. ähnliche Buchungsmethoden angewandt wurden.

Die Revisoren und die Leitung der Gesellschaft suchen jetzt Wege, sowohl für eine Abwicklung der Gesellschaft, bei der die Interessen der Gläubiger soweit als möglich gewahrt werden, als auch für eine Fortsetzung der Produktion der dem Kreugerkonzern gehörenden Industrieunternehmungen."

Der Bericht ist von den sechs Revisoren unterzeichnet.

Kriminalfälle

Der versuchte Devisenschmuggel an der holländischen Grenze

Zu dem Versuch mehrerer Düsseldorfer, in der Nähe von Herzogenrath 44 000 deutsche Reichsmark in einem Auto über die Grenze zu schmuggeln, über den wir bereits berichteten, erfahren wir noch: Die bereits ausgesprochene Vermutung, daß ein Wuppertaler Bankier in die Sache verwickelt sei, hat sich inzwischen bestätigt. Die Untersuchung hat ergeben, daß die Devisen von dem Düsseldorfer Bankier Schlechtriem gekauft worden sind. Schlechtriem befand sich zur Zeit der Aufdeckung auf einer Reise nach Berlin und ist nach Bekanntwerden der Angelegenheit sofort nach Wuppertal zurückgekehrt, sodaß der Fluchtverdacht entfällt. Er gibt zu, die Kauforder auf die Devisen angenommen zu haben, bestreitet jedoch, sich strafbar gemacht zu haben, da er das Opfer falscher Unterschriften geworden sei. Er habe im guten Glauben gehandelt. Die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen.

Ueberfall auf eine Gastwirtschaft durch maskierte Räuber

Vier maskierte junge Männer, die mit Pistolen versehen waren, drangen spät abends in eine Schankwirtschaft im Berliner Vorort Mahlsdorf ein, in der sich nur die Wirtin mit einer anderen Frau aufhielt. Die Räuber bedrohten die beiden Frauen mit ihren Pistolen und entwendeten aus der Kasse etwa 500 Mark, zumeist Mietgelder, die die Schankwirtin als Hausbesitzerin einkassiert hatte. Hierauf entwendeten die Räuber einen größeren Posten Zigaretten und flüchteten. Trotz sofort aufgenommener polizeilicher Nachforschungen entkamen sie in dem nahe gelegenen Laubengelände.

Haussuchungen auf Veranlassung der Postbehörde in Dirschau

In der Hauptgeschäftsstelle des Landbundes Weichselgau in Dirschau fand eine Haussuchung statt. Das Portobuch und einige Schreiben wurden beschlagnahmt. Der zweite Direktor, Erwin Wichmann, wurde nach der Haussuchung in seiner Privatwohnung festgenommen.

Gleichzeitig fand eine Haussuchung im Kreiswirtschaftsverband Lakwa statt, wo ebenfalls das Portobuch beschlagnahmt wurde.

Die Haussuchungen erfolgten auf Veranlassung der Postbehörde, die den genannten Verbänden Verstöße gegen das Postgesetz zum Vorwurf macht.

Französischer Bankier wegen Unterschlagung verhaftet

Auf Weisung des Untersuchungsrichters wurde der Bankier Amerongen, der in Paris ein Bankgeschäft betreibt, wegen Vertrauensmißbrauchs und Unterschlagung von 800 000 Francs festgenommen. Die Bank wurde geschlossen.

Paul Boncour Briands Nachfolger im Völkerbundsrat

Der Präsident der französischen Republik unterzeichnete ein Dekret, durch das Senator Paul Boncour zum ständigen Delegierten Frankreichs im Völkerbundsrat anstelle des verstorbenen Aristide Briand ernannt wird.

Polizei Bielefeld siegt in der Runde der Zweiten

Am Mittwoch wurde auf dem Bielefelder städtischen Sportplatz an der Königsbrücke das **Endspiel in der westdeutschen Handballrunde der Zweiten** zwischen der Polizei Bielefeld und dem Polizei SV. Dortmund ausgetragen. Die Bielefelder konnten dank ihrer größeren Stoßkraft den Kampf mit 5:3 (3:1) verdient gewinnen und werden nunmehr in einem Entscheidungsspiel auf den Verlierer der Partie VfB. Aachen — Kupferhütte Duisburg treffen. Der Sieger dieses Spieles wird dann als dritter westdeutscher Vertreter an den DSB.-Endspielen teilnehmen.

Von kleinen Dingen – Berliner Brief

Lange hat man geraten, ob nur halb Berlin umziehe, oder ganz Berlin in eine Umzugsbewegung komme. Ganz so schlimm, wie es zuerst schien, wird es nicht werden. Freilich schlimm genug. Denn schon vor dem offiziellen Umzugstermin schaut man die lange Reihe der Möbelwagen, die nunmehr zum Berliner Straßenbild gehören. Auf einmal tauchen wieder die vorsintflutlichen Möbelwagen auf, Wagen, die schon Jahrzehnte lang irgendwo draußen standen, vergessen waren, außer Betrieb und mit denen man nichts anzufangen wußte, weil auch ihre „Abholzung" eine Verschwendung gewesen wäre, reihen sich jetzt in die lange Schlange der großen modernen Möbelwagen und berichten dabei, wie man doch früher einmal bescheiden gewesen sein muß. Nun aber wird in Berlin nicht nur mit Möbelwagen gezogen, sind heute schon mit dem täglichen Hausrat beladen, sogar Kinderwagen müssen herhalten, nein: alle Wagen, die überhaupt zu haben sind, wenn der Vater und der Sohn ihren Umzug selbständig bewerkstelligen wollen. Sie schieben ihren Kinderwagen täglich hundertmal durch die Straßen. Jedesmal bricht er fast, von dem einen oder den zwei Gegenständen, die ins neue Heim geschafft werden. Man könnte über diese Umzüge lächeln, aber bringt doch kein Lachen über die Lippen. Denn auch in dieser Selbsthilfe liegt ein Stückchen unserer tragischen Zeit.

Sie sorgt schon dafür, daß man aus der Verwunderung nicht herauskommt. Und inzwischen haben auch die Ueberheblichen, denen es noch gut geht, verlernt, mit der Wimper zu zucken, die Achsel hochzuziehen, Spott einherzutragen. Das würde ihnen schlecht bekommen, denn heute verlangt man von jedem Berliner, daß er begreift, um was es geht. Es geht um die Existenz, und es geht vielleicht um noch mehr, um irgend eine Beschäftigung, um die Langeweile zu töten. Da die Langeweile ja töten kann. Die sonderbarsten Einfälle kommen zutage, um einmal eine Beschäftigung zu finden, daneben freilich aber auch, um etwas zu verdienen. Und es überrascht nicht, wenn gerade das Handelsgeschäft immer am meisten zu einer Betätigung lockt, obwohl doch die Kaufkraft schlecht bestellt ist und die Kaufneigung immer mehr zurückgeht. Vor Jahren und Monaten noch versuchten es Arbeitslose mit dem Handel von Tür zu Tür, später mit dem Handel auf den Straßen, jetzt geht man, nachdem die Ladenmieten niedriger geworden sind, dazu über, kleine Geschäfte primitiv einzurichten und dem alten Handel Konkurrenz zu machen. Aber auch in diesen Etablierungen liegt eine gewisse Linie. Irgend ein Gedanke findet Anerkennung und reizt zur Nachahmung. Man braucht nicht an frühere Zeiten zu denken, als die Goldankaufsstellen wie Pilze aus der Erde schossen; daran, daß diese Läden, da die armen Leute ihre letzten Werte gegen Papiergeld los wurden, schließlich von Radioläden abgelöst wurden, aus den zu vielen Radioläden Altwarenläden oder Antiquitätenläden wurden; nein, wir brauchen nur mit den Eisdielen anzufangen, die plötzlich da waren, mehr wurden, ganz Berlin unter Eis setzten; daran, daß aus den Eisdielen Wildhandlungen geworden sind, daß irgend jemand eine Pufferbäckerei begann, daß hundert, tausend andere das gleiche taten, bis täglich so viel Puffer gebacken wurden, daß man ganz Berlin damit hätte pflastern können. Zwischendurch waren schon zuerst schüchtern, dann zahlreicher, Vogelhandlungen entstanden. Es sang und flatterte in zu vielen Schaufenstern. Selbstverständlich tragen diese Läden dazu bei, daß Berlin auf den Kanarienvogel gekommen ist, da man heute fast in jeder Wohnung einen Piepmatz beherbergt. Aber schließlich war die Konjunktur bald zu Ende. Berlin hatte sich mit Kanarienvögeln eingedeckt. Soviele, die verkauft werden mußten, wenn die Geschäfte hätten bestehen wollen, wurden von den Katzen nicht aufgefressen oder starben nicht, mit Hundekuchen und Hundeknochen allein war kein Auskommen für das neue Gewerbe, also sattelte man um.

Und ein neuer Zweig, der auf ganz anderem Gebiete lag, hatte Eingang gefunden: Die Leihbibliothek. Sie fing so an: Eine große Firma hatte im Ramsch viele Bücher aufgekauft, die nun gegen eine kleine Anzahlung an Händler abgegeben wurden. Da aber die Berliner Straßen genug mit Bücherkarren überladen sind, das Kaufen von Büchern dazu die schwache Seite der Berliner ist, begann man, die Bücher zu verleihen. Zuerst wagte man sogar, Pfand zu verlangen. Die Konkurrenz aber hörte daß hier ein gutes Geschäft läge, und es hatte etwas mit Bildung zu tun, also stürzte sie sich darauf. Die Anlage war ja nicht zu kostspielig. Und je mehr Leihbibliotheken entstanden, um so günstiger waren die Leihbedingungen. Noch heute, nachdem die lange Liste der Leihbibliotheken bereits beträchtlich gelichtet ist, gibt es deren so viele, daß an jeder Straße mindestens eine mit geschlossenen Augen zu finden ist.

Die Ablösung der Leihbibliotheken ist bereits im Gange. Sie erfolgt durch Gemüseläden. Gemüse gibt es in Berlin jetzt, wo man geht und steht. Ein einfaches Rechenexempel verrät bereits, daß auch diese Unternehmen nicht von bleibender Dauer sind. Denn wenn sie alle auskommen, von diesem Handel leben wollen, müßten die Berliner noch mehr Gemüse essen als bisher. Man müßte mehr Apfelsinen und mehr Aepfel essen. Aber hier scheint doch gerade jetzt ein starker Rückgang des Konsums zu liegen, weil doch die Apfelsineneinfuhr auffällig nachgelassen hat und die kanadischen Aepfel als Luxus gelten. Diese Seite der Selbsthilfe ist vielleicht auch daher zu erklären, daß immer mehr Berliner den Drang haben, irgendwie mit der Natur verbunden zu sein. Können sie es nicht in einer Siedlung, in einem Schrebergarten, sind sie bei den vielen Parzellierungen schon arg gerupft worden, so setzen sie sich in ihren Gemüseladen und träumen von draußen, wo es demnächst grünen wird.

Und wenn sie so in ihrer Sorge um die verwelkten und nicht verkauften Kohlköpfe hinter den Schaufensterscheiben sitzen, haben sie Ursache, die Betrachtung anzustellen, daß trotz aller Bitternis, noch und gerade die Berliner Frauen aller vernünftigen Ueberlegung ins Gesicht schlagen. Sie haben nämlich schon Frühling gemacht, sie sind alle schon neu gekleidet. Und man fragt sich, wie das möglich ist. Die Herren tragen indessen neben der Leichenbittermiene ihre alten Anzüge und den dicken Wintermantel bei zehn Grad Wärme. Ist den Modegecken vielleicht inzwischen auch das Kleingeld ausgegangen, es den Damen gleich zu tun, so haben sie, und das ist das allerneueste, doch etwas entdeckt, das als Neuheit des Frühjahrs 1932 gelten muß: Die Herren sind heute bereits mit einer Puderdose ausgerüstet und beginnen sich mit der gleichen Ungeniertheit in öffentlichen Lokalen anzumalen, wie es bisher die Frauen taten. Nun aber nicht etwa alle Herren, nicht etwa die Lebejünglinge, die irgendwoher immer noch Geld zum Nichtstun und Flankieren aufbringen, nein, Herren, von denen man es nicht annehmen sollte, beginnen den Damen Konkurrenz zu machen. Es ist nun freilich wahrscheinlich, daß die Damen in heller Empörung über diese Abgeschmacktheit die Modetorheit der Herren beseitigen. Zuerst aber macht sie einen Vorstoß, zunächst ist sie da. Und wenn sie nicht durch die sicherlich schwer verletzten Damen wieder einschläft, dann, will mir scheinen, bestände die Möglichkeit, eine ganz neue Ladengattung in Berlin in Tausenderexemplaren aufzutun: den Laden mit den Schönheitsmitteln für Damen und Herren.

Eku.

Bekanntmachung

Die Gültigkeitsdauer der bestehenden Schankerlaubnissteuerordnung für den Rhein-Wupper-Kreis vom 31. März 1930, die bis zum 31. März 1932 begrenzt war, ist durch Beschluß des Bezirksausschusses in Düsseldorf vom 12. März 1932 — Aktenzeichen I. C 463/32/1 — bis zum 31. März 1934 verlängert worden.

Der Herr Oberpräsident hat durch Erlaß vom 18. 3. 32 Nr. G. C II 17 20 31 die Zustimmung erteilt.

Opladen, den 4. April 1932.

Der Vorsitzende
des Kreisausschusses des Rhein-Wupper-Kreises.
In Vertretung: gez. Roßberg, Regierungsassessor

---

4 K 6/32/4

Am 13. April 1932, 10.30 Uhr, soll an der Gerichtsstelle, Gerichtsstraße 9, Zimmer Nr. 17, das im Grundbuche von Burscheid, Band 41, Blatt Nr. 1823 (Eigentümer: Eheleute Schweißer Otto Boll und Paula geb. Hartmann in Bornheim bei Burscheid — je zu 1/2 —) eingetragene Grundstück:

Gemarkung Burscheid, Flur 13, Parz. Nr. 2051/95, Nagelsbaum Nr. 455a, bebauter Hofraum mit Hausgarten, groß 8,91 Ar, Gebäudesteuerrolle Nr. 1476 mit 480.— Mark Nutzungswert,

öffentlich zwangsweise versteigert werden.

Amtsgericht Opladen.

Aufruf!

Im ersten Wahlgang haben 108 Mitbürger unserem Bundesführer Duesterberg ihre Stimme gegeben.

Ihnen und allen national Gesinnten rufen wir zu

„Im zweiten Wahlgang keine Stimme für Hindenburg"

Jede Stimme dem einzigen Kandidaten der nationalen Front:

Adolf Hitler

Der Stahlhelm
Bund der Frontsoldaten
Ortsgruppe Burscheid

Volksrecht-Partei **Sparerbund**

Öffentliche Versammlung

in Hilgen

am Donnerstag, den 7. April, abends 7.30 Uhr, im Gasthaus Figge.

Herr Hammerstein-Ohligs
spricht über das Thema:

Die Sparer und die kommenden Wahlen

Zu dieser Versammlung ladet die Alt- und Neusparer ein:

Der Vorstand.

Zum Sehen geboren · Zum Schauen bestellt

3 der schönsten und gediegensten deutschen illustrierten Zeitschriften vereinigt in 1

Reichster Inhalt
*
Ueber 100 Seiten Umfang
*
Viele Bilder
*
Farbenprächtige Kunstblätter
*
Preis nur 1.50



Ein Jahrgang bringt eine ganze Bücherei und Bildersammlung: 3 bis 4 Romane, über 200 wertvolle Aufsätze und Schilderungen aus allen Gebieten, viele Bilder und farbenprächtige Kunstblätter

Es gibt keine andere deutsche Zeitschrift von dieser Eigenart, die für den beispiellos billigen Preis von nur M. 1.50 monatl. so Außergewöhnliches bietet!

Gutschein

An den Verlag Heinrich Beenken Berlin SW 19

Bitte senden Sie mir kostenlos ein „Türmer"-Probeheft. 30 Pfennig für Porto füge ich bei.

Bestellschein

An die Buchhandlung

Ich bitte mir die schöne Zeitschrift „Der Türmer" zum monatlichen Preis von M. 1.50 zu liefern.

Ort und Datum: .....

Name: .....

Vertreter gesucht!

Eine Freude für das deutsche Haus!

Germania-Lichtspiele

OPLADEN

Ab Freitag, den 8. April,
Täglich 2 mal, 6 Uhr und 8.30 Uhr
Sonntag 3 Uhr, 5.30 Uhr u. 8.30 Uhr

Das gibts nur einmal, das kommt nicht wieder

Der große Ufa-Film

Der Kongreß tanzt ...

Hauptdarsteller: Lilian Harvey und Willy Fritsch. U. d. gr. Beiprogramm.

Jugendliche haben Zutritt

Wir empfehlen ganz besonders den Besuch der 6-Uhr-Vorstellungen an den Wochentagen und die 3-Uhr-Vorstellung am Sonntag.

Modenschau

Lyon's illustrierte Zeitschrift für Heim und Gesellschaft

Erscheint monatlich in elegantester, mehrfarbiger Ausstattung im Umfange von 64 Seiten
34 Seiten Mode
30 Seiten Unterhaltung.
Über 120 neue Modelle in jedem Heft

Preis 70 Pfennig

Unentbehrlich für Schneiderei

Zu haben in allen Buchhandlungen.

Heute, Donnerstag, den 7. April
spricht in **öffentlicher**

Wahlkundgebung

Pg. Bernhard Köhler

von der Reichsltg. der NSDAP, München
über

nationalsozialistische Wirtschaftspolitik

im Saale der **Witwe Herm. Schmitz, Höhestr.**

Pg. Köhler, der durch seine programmatischen Ausführungen als Währungs- und Wirtschaftspolitiker bekannt wurde, ist Fachberater Adolf Hitlers.

Die Kundgebung beginnt punkt 8.30 Uhr.

Eintritt 30 Pfg. Ortsansässige Erwerbslose frei.

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
Ortsgr. Burscheid.

Moderne Lichtbühne

Burscheid

Freitag, Samstag, Montag 8.15 Uhr, Sonntag ab 3.30 Uhr

Achtung! **Augen auf!**

100 proz. Witz **Humor 100 proz.**

Tränen werden Sie lachen in

3 Tage Mittelarrest

dem tönenden Militärschwank aus der Vorkriegszeit mit Max Adalbert, Ida Wüst, Fritz Schulz Felix Bressart, Lucie Englisch

ROD LA ROCQUE in

Johnny braucht Geld

Ein Film von Liebe und Bummelei, von Kavalieren und Ganoven, voll Charme, Humor, elegantem Schmiß

Kulturfilm **Lustspiel**

Jugendliche haben keinen Zutritt

ZÜNDAPP



Unerreicht in Preis und Leistung
RM 450 — bis RM 1250.—
mit voller Ausrüstung
Gelegenheitskäufe, günst. Raten
Ersatzteillager, Reparatur-Werkstatt, Licht-Zünd-Dienst
Köln, Kaiser-Wilh.-Ring 20
Telefon 214754

UHREN-

Reparaturen

preiswert unter Garantie.

Haarsma

Uhrmacher und Optiker
Burscheid, Hauptstraße 66.

Leupin-Creme u. Seife
vorzügliches Hautpflegemittel
seit Jahren glänzend bewährt
bei
Flechte, Jucken,
Ausschlag, Krätze, Hämorrhoiden, Beinschäden, Wundsein u.s.w.

Colonia-Drog. Leo Becker
Hauptstr. 29.

Kleines

Ackergut

sofort zu vermieten. Daselbst verschiedene **landwirtschaftl. Geräte** zu verkaufen.

Näheres **Geschw. Krapp,** Griesberg 934.

Westermanns Monatshefte

die schönste deutsche Monatsschrift

kosten im Abonnement noch nicht 6 Pf. täglich

Westermanns Monatshefte werden nach dem Urteil der Leser immer schöner. Sie sind die Zeitschrift der Gebildeten und sollten in jeder Familie und in jedem Haus gelesen werden.

Sonderangebot früherer Jahrgänge siehe Bestellzettel

Werber in allen Orten des In- u. Auslandes gesucht (auch nebenberuflich)

Bestellschein

An die Buchhandlung

.....

.....

Ich bestelle Westermanns Monatshefte **statt 24,—**
.....Jahrg. 1927/28 (9.—)
.....Jahrg. 1928/29 (9.—)
.....Jahrg. 1929/30 (12.—)
.....Jahrg. 1930/31 (12.—)

Gutschein

An den Verlag Georg Westermann, Braunschweig

Bitte senden Sie mir unverbindlich u. kostenlos eine Probenummer von Westermanns Monatsheften mit 100 S. Text, 60 bis 70 ein- und buntfarbigen Bildern und etwa 7 Kunstbeilagen. 30 Pf. für Porto (auch Auslandsmarken) füge ich bei.

Ort u. Datum: .....

Name: .....

Beruf: .....

Vermessungsarbeiten

für das Kataster, wie Teilungen, Grenzfeststellungen, sowie Lagepläne für Conzessionsgesuche jeder Art, Sicherstellung von Wasserrechten, Nivellements usw. führt aus

Theis

Staatlich vereideter Landmesser in Wermelskirchen, Fernspr. 2487



Bergischer Volksbote

Druck und Verlag von Hermann Claas, Burscheid — Burscheider Zeitung — Nr. 81 — 2. Blatt — Donnerstag, 7. April 1932

Morgen beginnt die Schule

Morgen kommt wieder ein Tag, da Tausende kleine Kinderherzen pochend schlagen, da tausende sonst blanke, helle Augen ängstlich gucken, und zarte wie derbe Fäustchen nur ungern vom Rocksaum der Mutter lassen.

Schulanfang! Aus dem sorgfältig behüteten Kinderparadies des Spielens und gedankenlosen Tollens geht der erste Schritt ins Leben, ins richtige ernste Leben. Fremde Gesichter, fremde neue Pflichten, alles drückt auf den Kleinen, der bisher nur Mütter, Väter, Onkel und Tanten kannte.

All die neuen Eindrücke, die mit der Schule, den Mitschülern, den Lehrern auf das Kind hereinbrechen, sind zu leicht dazu angetan, zu verwirren, diesen ersten Schritt ins „feindliche Leben" nur widerwillig und ängstlich zu tun. Viel zu oft besteht immer noch ein Vorurteil gegen die Schule, gegen den Zwang auch bei den Jüngsten. Aeltere Kameraden wissen Schauermärchen zu erzählen von der Strenge, von Lehrern und Arbeiten, und die Kleinen glauben es nur zu gern. Und leider gibt es auch noch viele Eltern, die in vorzeitigem Trennungsschmerz sich und den Kleinen Angst machen.

Dann wird es dem Lehrer doppelt schwer, seine große Kinderschar zu gewinnen. Es gehört viel Verständnis für kindliche Psyche, viel freundliches, unermüdliches Eingehen auf Kinderart und -unart dazu, sonst ist kein Vertrauen zu gewinnen, und dann entfällt jede Möglichkeit zur Arbeit. Denn Arbeit ist es ja, was hier die Kleinen zum ersten Mal erwartet!

Arbeit? Ja, aber nicht mehr wie unsere Eltern und auch wir sie kennen gelernt haben. Die neue Schule, die heutige Lehrergeneration, sind nicht mehr der „Kinderschreck" vergangener Jahrzehnte. Es gibt nicht mehr das trockene i-Strichmalen, lehrhafte 1 und 1-Rechnen, keinen bürokratisch festgelegten Lehrplan, die heutige Schule kennt nur die Arbeit, die an das Erleben des Kindes anknüpft.

Allen Sinnen der Kleinen wird Gelegenheit zur Betätigung gegeben, die verschiedenen Begabungen können sich entfalten, das Kind lernt „spielend arbeiten".

Und im Spielen lernt es. Wie der Betätigungsdrang des Kindes gefördert wird, wie aus dem anregenden, befriedigenden Spielbetrieb der Unterricht zwanglos erwächst, lernt das Kind die Schule „schön" empfinden. Lehrer und Kind befreunden sich; der ABC-Schütz geht gern in seine Schule.

Und wenn, den ersten Ranzen stolz auf dem Rücken, der Mutter vom ersten Tag erzählt wird, ist es kein ängstliches Graulen mehr, das aus den Worten hervortritt, sondern nur mehr der überwältigende neue Eindruck, der mit dem Interesse des Kindes auch die Liebe des Schulneulings gewonnen hat. Und der Ernst, der mit der Zeit von selbst mit den wachsenden Pflichten kommt, erschreckt nicht mehr.

Aus der Heimat

Wahlkundgebung der NSDAP

In öffentlicher Wahlkundgebung spricht am heutigen Donnerstagabend Pg. Bernhard Köhler von der Reichsleitung der NSDAP München über nationalsozialistische Wirtschaftspolitik, im Saale der Wwe. Herm. Schmitz in der Höhestraße. Die Kundgebung beginnt punkt 8,30 Uhr. Eintritt 30 Pfg., ortsansässige Erwerbslose frei.

Siehe auch vorliegender Anzeigenteil.

Man muß Sorgen auch vergessen können

Distanz zu den drückenden Sorgen zu gewinnen ist immer besser als sich zu verbohren. Das kommende neue Programm in der hiesigen Modernen Lichtbühne, ein Militärschwank aus der Vorkriegszeit, „3 Tage Mittelarrest", ein Tonfilm mit Militärmusik und Kasernenhofblüten, voll Humor und köstlichem Witz wird beitragen, für einige Stunden den Alltag und alles Drum und Dran vergessen zu lassen. Wer gerne vergnügt ist oder wer es gerne einmal sein möchte, muß sich diesen Tonfilmschwank ansehen..

„Johnny braucht Geld" heißt der weitere Film. Eine ganz ausgezeichnete Musik, von erstaunlichem Klang- und Melodienreichtum vervielfacht die starke Wirkung der romantischen, von Szene zu Szene sich steigernden Handlung und Spannung.

Wir verweisen auf die diesbezügliche Anzeige in vorliegender Ausgabe.

Germania-Lichtspiele Opladen

Vom morgigen Freitag, den 8. April, ab bringen die Germania-Lichtspiele Opladen den großen Ufa-Tonfilm, „Der Kongreß tanzt" mit Lilian Harvey und Willy Fritsch in den Hauptrollen. Jugendliche haben zu diesem einzigartigen Großtonfilm Zutritt. Seitens der Direktion des genannten Theaters wird ganz besonders der Besuch der 6-Uhr-Vorstellungen an den Wochentagen und die 3-Uhr-Vorstellung am Sonntag empfohlen.

Siehe vorliegender Anzeigenteil.

Schankerlaubnissteuerordnung verlängert

Die Gültigkeitsdauer der bestehenden Schankerlaubnissteuerordnung für den Rhein-Wupper-Kreis vom 31. März 1930, die bis zum 31. März 1932 begrenzt war, ist durch Beschluß des Bezirksausschusses in Düsseldorf um zwei Jahre verlängert worden. Der Oberpräsident der Rheinprovinz hat seine Zustimmung erteilt.

Einberufung des Provinziallandtags der Rheinprovinz

Wie die Pressestelle des Oberpräsidiums in Koblenz mitteilt, hat das preußische Staatsministerium durch Erlaß vom 1. April d. J. den Provinziallandtag der Rheinprovinz zum 26. April 1932 nach Düsseldorf einberufen.

Die gehörte Landschaft

Daß man Landschaften sehen kann, ist jedem geläufig — Landschaften aber zu hören, ist eine Errungenschaft, die uns der Rundfunk gegeben hat: Der Westdeutsche Rundfunk, der mit seiner Vortragsreihe „Städte im Rheinland und Westfalen" recht gute Erfolge hatte, will jetzt auch die für Westdeutschland besonders charakteristischen Landschaften hörbildmäßig erfassen und senden. Die neue Hörbildreihe soll am 30. April mit einer Veranstaltung beginnen, in der das Gebiet von Köln den Rhein hinauf bis Andernach, also hauptsächlich das Siebengebirge, dargestellt wird. Weitere Sendungen vom Niederrhein, aus dem Teutoburger Wald, dem Sauerland usw. sollen im Laufe des Sommers folgen. Diese Vortragsreihe wird dem Funkhörer nicht nur Unterhaltung bieten, sondern zugleich auch Anregungen für die Reisepläne geben.

Die Kündigung des Rundfunks

In den allgemeinen Bestimmungen über den Rundfunk ist eine Kündigung vorgesehen, die nur zum Ablauf eines Kalendermonats zulässig ist und spätestens am 16. des Monats bei der Zustellpostanstalt schriftlich vorliegen muß. Mit Rücksicht auf die Stillegung des Kölner Senders sind die Postanstalten des Bezirks angewiesen worden, die bis Ende März und bei der Einziehung der Rundfunkgebühren im April schriftlich abgegebenen Kündigungen als für April gültig anzuerkennen.

Aufnahmegebühr bei Schulwechsel

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, genemigt der Preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung im Einverständnis mit dem Preußischen Finanzminister, daß an den staatlichen und den vom Staat und von anderen gemeinschaftlich unterhaltenen höheren Schulen von der Erhebung einer Aufnahmegebühr abgesehen wird, wenn der Schulwechsel infolge Abbaus einer Schule oder bestimmter Klassen notwendig ist.

Der Minister bittet die Provinzialschulkollegien, den Unterhaltsträgern der nichtstaatlichen öffentlichen höheren Schulen die gleiche Regelung zu empfehlen für den Fall, daß der Schulwechsel innerhalb derselben Gemeinde erfolgt.

Die Telegramm-Schmuckblätter der Deutschen Reichspost

sind vom 1. April an zu Sammelzwecken käuflich. Die künstlerisch ausgeführten Formblätter für Telegramme zu festlichen Gelegenheiten wurden bisher nur zur Niederschrift angekommener Telegramme mit Schmuckblattausfertigung benutzt, die einer Sondergebühr von 1 RM unterliegen. Jetzt kann sich der Sammler die Blätter kaufen. Der Kaufpreis beträgt 70 bis 50 Rpf. für das Stück je nach dem Umfang der Bestellung; hierzu kommt bei Rechnungsbeträgen bis zu 60 RM ein geringer Zuschlag für Versandkosten. Dafür werden die Blätter, die zum Zeichen ihrer Echtheit den Abdruck eines Postaufgabestempels erhalten, unter „Einschreiben" gegen Nachnahme zugesandt.

Zu bestellen sind die Blätter schriftlich bei der Versandstelle für Sammlermarken in Berlin C 2, Spandauer Str. 13. Die Schmuckblätter, von denen zur Zeit elf verschiedene Ausführungen im Verkehr sind, liegen bei den Telegraphenanstalten zur Ansicht aus. Daselbst wird jede weitere Auskunft erteilt, auch darüber, unter welchen Bezeichnungen die verschiedenen Schmuckblätter zu bestellen sind.

Bescheinigungen über Abmeldung von Kraftfahrzeugen

Der Verband der Kraftfahrzeugversicherer in Berlin hat angeregt, daß die Zulassungsbehörden bei der Abmeldung von Kraftfahrzeugen den Kraftfahrzeughaltern Bescheinigungen erteilen, die den Anträgen an die Versicherungsgesellschaften auf Prämiennachlaß als Unterlagen dienen sollen. Abgesehen davon, daß durch die Ausfertigung solcher Bescheinigungen den Zulassungsbehörden eine erhebliche Mehrbelastung erwächst, wird es auch in der Regel derartiger besonderer Bescheinigungen nicht bedürfen.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst einem gemeinsamen Runderlaß der Preußischen Minister für Handel, des Innern und der Finanzen entnimmt, erhält schon jetzt jeder Fahrzeughalter bei der Abmeldung und Entstempelung seines Fahrzeugs eine unentgeltlich ausgestellte Bescheinigung über die Abmeldung und Entstempelung, die bei der Wiederanmeldung des Fahrzeugs vorzulegen ist.

Kennzeichnung der Hühnereier

Genehmigungserteilung nach Betriebsgröße

Für die Berechtigung zur Kennzeichnung von Eiern, wie sie durch die kürzliche Eierverordnung vorgesehen ist, sind bestimmte Vorschriften maßgebend. Nur noch einer schriftlichen Genehmigung eines dafür eingesetzten Ueberwachungsausschusses wird diese Berechtigung erteilt. Die Ausschüsse sollen von jeder Landwirtschaftskammer gebildet werden. Ihnen müssen je ein Vertreter der Landwirtschaftskammer, der Erzeugerverbände und der Verbraucherschaft angehören. Die Genehmigung kann nur erteilt werden an Einzelerzeuger mit einem Bestand von 750 und mehr Legehennen, an Genossenschaften und andre Zusammenschlüsse von Erzeugern, an Eierhandelsfirmen und Verbrauchergenossenschaften, die im Jahre mindestens zwei Millionen Stück deutsche Eier umgesetzt haben. Zur Kennzeichnung eingeführter Eier werden nur Handelsfirmen berechtigt, die in dem Jahr vor der Stellung des Genehmigungsantrags mindestens zwei Millionen Eier in das Inland eingeführt haben. Für die Genehmigungserteilung ist unerläßlich, daß der Antragsteller alle Einrichtungen besitzt, die für die Lieferung einwandfreier Erzeugnisse erforderlich sind, und er die Gewähr dafür bietet, daß jeder Mißbrauch der Geräte, die für die Kennzeichnung dienen, ausgeschlossen ist. Die Antragsteller müssen sich schriftlich verpflichten, alle Einzelbestimmungen, die für die Kennzeichnung der Eier erlassen werden, zu beachten.

Zur Reichspräsidentenwahl

Auch wieder Schnapsverbot

Der preußische Minister des Innern hat auf Grund des Paragraphen 15 des Gaststättengesetzes aus Anlaß des zweiten Wahlgangs der Reichspräsidentwahl und der Wahl zum Preußischen Landtag eine Verordnung erlassen, wonach der Ausschank von Branntwein und der Kleinhandel mit Trinkbranntwein auch am 10. und 24. April 1932 bis zur Polizeistunde verboten ist.

Beachtenswerte Wünsche für den Wahlkampf

Um den Wahlkampf in ritterlicher Weise durchzuführen, empfiehlt es sich, folgendes zu beachten: Abgeordnete, Redner und Führer des politischen Gegners sollen weder persönlich herabgesetzt, beschimpft noch belästigt werden. In Wahlzeiten ist es nicht unnütz, daran zu erinnern, daß Zeitungsartikel, Flugblätter und Plakate frei von Verleumdungen und Beleidigungen sein sollen. Angeklebte Plakete der anderen Parteien sollen weder abgerissen noch vorzeitig verklebt werden. Beim Ankleben der Plakate ist Beschmutzen der Häuser zu vermeiden, insbesondere dürfen gummierte Zettel nicht an Häuser, Türen und Fenster geklebt werden. Plakate sind vielmehr an Anschlagsäulen, hierzu bestimmten Bretterwänden und dergleichen anzubringen. Innerhalb der Wahllokale sollen die Parteien friedlich nebeneinander arbeiten.

Wildes Zettelankleben als Sachbeschädigung

Das eigenmächtige Ankleben von Zetteln, Flugblättern usw. an Häuser und Schaufenster verursacht ganz erhebliche Beschädigungen. Der „Zentralverband der Reinigungsunternehmer Deutschlands" macht in bezug auf die an den Schaufenstern aufgeklebten Wahlzettel, wenn sie mit Wasserglas angeklebt waren, darauf aufmerksam, daß selbst nach Beseitigung der Zettel und nach der Reinigung der Scheiben später doch noch das Wasserglas die Fensterscheiben zerstört, weil das Wasserglas in die Glasporen eingedrungen ist und langsam das Glas zersetzt. Anläßlich der Wahlen sei deshalb in Hinblick auf die früheren Beobachtungen und Erfahrungen während der Wahlperiode ernstlich vor dem wilden Zettelankleben an Ladenfensterscheiben und Häuser gewarnt.

Mehrfache Stimmabgabe ist strafbar

Nach den Vorschriften des Wahlgesetzes ist der Wohnsitz des Wählers für die Aufnahme in die Wählerliste oder Wählerkartei maßgebend. Personen, die mehrere Wohnsitze haben, werden daher auch in mehrere Listen oder Karteien aufgenommen. Dieser Umstand berechtigt sie aber keineswegs, mehrfach ihre Stimme abzugeben. Vielmehr hat, wie dem Amtlichen Preußischen Pressedienst vom Ministerium des Innern geschrieben wird, jeder Wähler ohne Rücksicht darauf, in wievielen Verzeichnissen von Stimmberechtigten er verzeichnet steht, nur eine Stimme. Jede mehrfache Stimmabgabe durch ein und dieselbe Person stellt sich als Wahlfälschung dar, die nach § 10 StGB mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft wird. Daneben kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

Sehr starke Arbeitsmarkt-Bewegung

Arbeitsmarktbericht für die Zeit vom 16.—31. März

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger beträgt am Monatsschluß 4240 (Alu 1971, Kru 2269) gegen 4427 (Alu 2238, Kru 2179) am Schluß des Vormonats. Davon sind 759 (Alu 492, Kru 267) Weibliche gegen 710 am vorigen Berichtstag. An Notstandsarbeiten sind 113 Mann beschäftigt. Wohlfahrtsunterstützte sind 3772 gezählt. Arbeitsuchend sind 8155 Personen (7023 männl. 1132 weibl.). Infolge der ständig wiederkehrenden kurzfristigen Beschäftigung in den einzelnen Berufen, die das beginnende Frühjahr saisonmäßig mit sich bringt, ist die Bewegung (Zu- und Abgang) sehr stark.

Der Arbeitsmarkt weist am Schluß des Vierteljahres keine merkliche Besserung auf. Es fehlt durchweg an Arbeitsmöglichkeiten „aus dem Bedarf" heraus. Wohl sind viele verantwortliche Stellen bemüht, das Problem der Arbeitsbeschaffung zu meistern; solange jedoch „echte Arbeit" fehlt, bleibt „beschaffte" Arbeit stets ein Notbehelf.

Einzelne Industrien, denen die Exportwege erschwert oder versperrt sind, versuchen durch die Herstellung neuer Artikel für den Inlandsmarkt einen gewissen Ausgleich zu schaffen. Die Verbindung mit ausländischen Produktionsstätten geschieht, zum Teil in der Absicht, der einheimischen Industrie Arbeitsplätze zu erhalten, die sonst verloren sein würden.

Die Saisonbetriebe konnten erst zum geringen Teil in Gang gesetzt werden. In den Ziegeleien herrscht noch Ruhe. Die Kiesbaggereien haben nur geringe Aufträge. Die Aussichten sind ungünstig. Die Oberpostdirektion setzt Telegrafenarbeiter frei. Beim Reichsbahnausbesserungswerk sind zahlreiche Entlassungen zu verzeichnen. Durch die Verwendung von Betriebsarbeitern und Handwerkern an den Bahnunterhaltungsarbeiten dürfte keine Aussicht auf Unternehmeraufträge von seiten der Reichsbahn bestehen.

Die Lederfabrik Colonia in Burscheid will in England einen Zweigbetrieb eröffnen, in dem hier vorbereitete Häute fertiggestellt werden. Die Firma hofft, durch diesen ausländischen Betrieb den Beschäftigungsgrad der einheimischen Fabrik zu erhöhen.

Der weibliche Arbeitsmarkt ist, soweit Hausangestellte und Landmädchen in Frage kommen, recht lebendig. Für die Industrie ist wenig Nachfrage nach Arbeitskräften. Vereinzelte Rückrufe. Zahlreiche Entlassungen.

Aus der Gemeinde Odenthal

Schulferien 1932 in der Bürgermeisterei Odenthal

Mit dem verflossenen Dienstag erreichten die diesjährigen Osterferien für die Schulen der Bürgermeisterei Odenthal ihr Ende. Die anderen Ferien sind wie folgt festgesetzt worden: Pfingsten vom 15. bis 21. Mai — Sommer vom 28. Juli bis 16. August — Herbst 26. September bis 23. Oktober — Weihnachten vom 24. Dezember 1932 bis 8. Januar 1933. Falls mit Rücksicht auf eine Waldbeerernte eine teilweise Verlegung der Herbstferien sich als notwendig erweisen sollte, so unterliegt dies späterer Beschlußfassung der Schuldeputation.

Aus der Gemeinde Witzhelden

Die Aufnahme der Schulneulinge

erfolgt am Freitag, den 8. April (Wiederbeginn des Unterrichts nach den Osterferien) vormittags um 9 Uhr in den einzelnen Schulen.

---

nigung, damit er den abgemeldeten Wagen noch bis zu seiner Unterkunftsstelle benutzen darf. Diese Bescheinigung wird auch den Versicherungsgesellschaften genügen, falls sie die Freistellung von der Zahlung der Versicherungsprämien von der Vorlage einer Bescheinigung abhängig machen.

Falls eine solche Bescheinigung verloren geht oder in einzelnen Fällen aus irgendwelchen Gründen nicht erteilt worden ist, haben die Minister keine Bedenken, daß die Zulassungsbehörden auf Wunsch des Kraftfahrzeughalters eine besondere Abmeldebescheinigung erteilen. Diese Maßnahme darf sich aber nur auf besonders zu begründende Einzelfälle beschränken. Für eine solche Bescheinigung ist eine Gebühr von einer Mark zu entrichten.

9,99 Milliarden Reichsmark Sparkasseneinlagen

Ende Februar 1932 beliefen sich die Sparkasseneinlagen bei den deutschen Sparkassen auf 9988,73 Millionen Mark gegenüber 9887,28 Millionen Mark Ende Januar 1932. Die Depositen-, Giro- und Kontokorrenteinlagen betrugen am Ende des Berichtsmonats 1271,20 (1233,25) Mill. Mark.

Auskünfte und Mitteilungen der Staatsanwaltschaft in Brandsachen

Es liegt vielfach nicht nur im Interesse der Feuerversicherungsgesellschaften, sondern auch im Interesse der Allgemeinheit, daß die Versicherungsgesellschaften im Falle eines Brandes Kenntnis davon erhalten, ob (insbesondere gegen den Versicherten) der Verdacht der Brandstiftung besteht, damit verhindert werden kann, daß der Versicherte auf unrechtmäßige Weise in den Besitz der Versicherungssumme gelangt. Nach dem Gesetz über die Aufhebung einiger polizeilicher Aufsichtsbefugnisse im Feuerversicherungswesen vom 13. Dezember 1923 kann die Auszahlung der Versicherungssumme nicht mehr von der Vorlage einer amtlichen Unbedenklichkeitsbescheinigung abhängig gemacht werden.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst auf Grund einer Allgemeinen Verfügung des Justizministers mitteilt, wird aber unter dem eingangs abgegebenen Gesichtspunkt kein Bedenken dagegen bestehen, daß die Staatsanwaltschaft der beteiligten Versicherungsgesellschaft auf Antrag Auskunft darüber gibt, ob wegen des Brandes ein Verfahren eingeleitet ist, sowie ob es sich gegen den Versicherten als Täter oder Teilnehmer richtet, und daß die Staatsanwaltschaft der Gesellschaft demnächst auch von dem Ausgang des Verfahrens Kenntnis gibt.

In welchem Umfang im Einzelfall Auskunft gegeben werden kann, wird sich nur nach den Besonderheiten des Falles unter Berücksichtigung etwaiger Interessen dritter Personen beurteilen lassen. Zu prüfen wird auch sein, ob die Erklärung des Einverständnisses des Versicherten mit der Erteilung der Auskunft gefordert werden soll. Auf alle Fälle ist der Versicherungsgesellschaft die vertrauliche Behandlung der Auskunft besonders zur Pflicht zu machen.

51. Haupttagung des Verbandes KKV

Der für den 24. April nach Erfurt einberufene Verbandstag der kath. kaufm. Vereine Deutschlands hat wegen der an diesem Tage in Preußen, Bayern, Württemberg, Anhalt und Hamburg stattfindenden politischen Wahlen eine Verschiebung auf die Zeit vom 28. April bis 1. Mai erfahren. Den Zeitverhältnissen entsprechend wird es sich um eine reine Arbeitstagung handeln.

Vorbeugen ist besser als heilen

Die Sparmaßnahmen, welche die Not der Zeit Reich und Gemeinden aufzwingt, konnten auch an dem Etat der Gesundheitsfürsorge (einen an andern Haushaltszweigen gemessen, an sich schon recht kleinen Aufwand), nicht vorübergehen. Einschneidende Sparmaßnahmen sind gemacht worden. Grundsätzlich anerkannt geblieben ist die Notwendigkeit der Gesundheitsfürsorge in allen ihren Zweigen, von der Säuglingsfürsorge über die Schulkinderfürsorge bis zur Geistes- und Geschlechtskrankenfürsorge.

Je größer die wirtschaftliche Not, umso größer die Gefährdung der Gesundheit, umso wichtiger die Gesundheitsfürsorge. Sparmaßnahmen auf diesem Gebiete können nur ein beschränktes Ausmaß haben, dürfen nie die Wurzel treffen, wenn nicht in absehbarer Zeit Früchte reifen sollen, deren Ertrag teurer zu stehen kommt, als eine verständige, rechtzeitige Pflege der Fürsorge.

Bedenkliche Anzeichen einer Gesundheitsverschlechterung

Es wäre verfrüht, von einem wesentlichen allgemeinen Rückgang der Gesundheit zu sprechen, aber bedenkliche Anzeichen machen sich schon bemerkbar. Ich erwähne nur die teilweise bekannt gewordene Zunahme der englischen Krankheit (Rachitis) und eine Zunahme der Tuberkulose der Jugendlichen (Pubertätstuberkulose). Ferner die bedenklichen Erscheinungen bei vielen, schon lange Zeit Arbeitslosen, aber Arbeitswilligen: Nervosität, seelisches Gedrücktsein, Einbildung körperlicher Organerkrankungen auf der Grundlage dieses Seelenzustandes.

Arbeitsbeschaffung zur Behebung der seelischen Not wertvoller Menschen scheint mir mindestens ebenso dringend wie zur Behebung wirtschaftlicher Not.

Es würde zu weit führen, an dieser Stelle die Notwendigkeit der einzelnen Zweige der Gesundheitsfürsorge zu begründen. Aber gerade im Hinblick auf die oben erwähnten Gefahrenzeichen möchte ich den vorwiegend materiell, rechnerisch denkenden Menschen ein Beispiel zeigen: Bestätigt sich die teilweise beobachtete Zunahme der Rachitis, so ist damit verbunden eine zwangsweise Zunahme des Krüppeltums, die später Kosten für Anstaltsaufnahme und Operationen, welche heute noch mit den billigsten Mitteln hintenangehalten werden können, nötig machen. Daß bei Zunahme der Tuberkulose die Verhältnisse ähnlich liegen, bedarf keiner besonderen Betonung.

Wenn man an falscher Stelle spart...

Welche Art die Bekämpfung der Tuberkulose 1931 im Rhein-Wupperkreis (einschl. Leverkusen) war, soll im Folgenden kurz dargestellt werden:

In den Hauptfürsorgestellen Leverkusen, Wermelskirchen, Opladen und Langenfeld waren 3 (früher 4) hauptamtliche Aerzte tätig und 14 Fürsorgerinnen. Die Fürsorgestellen besitzen alle einen eigenen Röntgenapparat, der für die Feststellung der Diagnose „Tuberkulose", insbesondere der frühzeitigen Erkennung, auf die es ja gerade ankommt, unentbehrlich ist. Je früher die Tuberkulose erkannt wird, umso größer und schneller die Heilungsmöglichkeit, umso geringer die Kosten. Die neuesten Erkenntnisse über diese Krankheit haben gelehrt, daß sie in ihren Anfängen leider ohne wesentliche Symptome (Schmerzen oder dergl.) verläuft, deshalb von den von ihr Befallenen nicht beachtet und verschleppt wird, bis dann eines Tages ein Blick durch den Röntgenschirm die Krankheit entschleiert.

Um Irrtümern vorzubeugen, muß gesagt werden, daß das Röntgenverfahren nur ein, allerdings sehr wichtiges Mittel, nicht das alleinige Mittel, zur Feststellung der Lungentuberkulose ist.

Im Berichtsjahr (1. Jan. bis 31. Dez. 1931) besuchten insgesamt 3611 Personen die Fürsorgestellen.

Besonders wichtig ist die „Umgebungsuntersuchung", d. h. die Feststellung der Ansteckungsquelle, um diese durch geeignete Maßnahme (Isolierung etc.) zu verstopfen. Vorwiegend zum gleichen Zwecke finden ja auch die — teils klassenweise — diagnostische Tuberkulineinreibungen der Klein- und Schulkinder statt. Ist eine solche Tuberkulinprobe positiv, so ist das ein Beweis, daß das Kind sich irgendwo angesteckt hat; es gilt also die Ansteckungsquelle zu erfahren und nach Möglichkeit unschädlich zu machen. Die positive Probe beweist nicht, daß das Kind z. Zt. noch krank ist.

Wie die Tuberkulose bekämpft wurde

Eine ernsthafte Erkrankung als Folge der Ansteckung ist glücklicherweise im Verhältnis zur großen Zahl der Ansteckungen selten. Immerhin bedürfen die angesteckten Kinder einer ärztlichen Untersuchung und Röntgendurchleuchtung.

Von der oben genannten Zahl der Zugänge sind im Laufe des Jahres wieder ausgeschieden: 2078, davon durch Tod 67, als nicht tuberkulös befunden 1132, als nicht mehr fürsorgebedürftig 876, in das folgende Jahr übernommen 1533. Es wurden überwiesen in ärztliche Behandlung 84, Krankenhäuser 28, Heilstätten 199, Genesungsheime 47, Ferienkolonie und Kinderheime 339.

In der letzten Zahl sind auch die Kinder eingeschlossen, welche durch ihre Konstitution oder ihre Umgebung tuberkulose gefährdet waren bezw. die nur erholungsbedürftigen Kinder. Wie oben schon gesagt, sind Kinder mit einer aktiven heilstättenbedürftigen Tuberkulose, wenigstens in unserem Gebiet, ziemlich selten.

Erfreulicherweise wenig ernsthafte Erkrankungen

Der Außendienst als Fürsorgetätigkeit drückt sich vor allem in den Hausbesuchen, verbunden mit Beratung und wirtschaftlicher Hilfe durch die Fürsorgeschwester aus.

An Wohnungsbesuchen wurden 1713 im Berichtsjahr gemacht; dabei 454 Offen- bezw. Ansteckendtuberkulöse, die der Fürsorgestelle bekannt sind, betreut. Die Betreuung bestand in Vermittlung, Veranlassung von Mietzuschüssen, Verleihung von Betten, Abgabe von Desinfektionsmitteln, Zuschüssen zum Lebensunterhalt und gesundheitliche Beratung. Dr. Dick.

Aus der näheren Umgebung

Solingen

Großfeuer in Solingen

Ein Brand, der sich zu einem Großfeuer entwickelte, entstand gestern vormittag gegen 10 Uhr in der Stahlwarenfabrik der Firma Eduard Wüsthof, Düsseldorferstraße. In dem zweiten Stock des Neubauflügels der ausgedehnten Fabrikanlagen war das Feuer in dem Hartholzlager der Hefte- und Schalenschneiderei ausgebrochen. Dicke Rauchschwaden hinderten zunächst die Feuerwehr daran, an den Brandherd heranzukommen. Die ganze Nordstadt war in weiter Umgebung verräuchert. Erst als Luftabzug eintrat, konnte die Wehr den Brand mit Erfolg angreifen. Das große Lager von Holz und Schalen war allerdings nicht mehr zu retten. Im Dachgeschoß sprang das Feuer auf den Nachbarbau über, doch konnte die Wehr verhindern, daß die eigentlichen Fabrikationsräume und die Schleiferei erfaßt wurden. Aber auch hier ist durch Wasser erheblicher Schaden angerichtet worden. Die Wehrleute mußten schließlich mit Rauchmasken ausgerüstet bis an die Brandstelle vordringen. Die Gefahr einer weiteren Ausdehnung des Brandes ist beseitigt. Der Schaden beläuft sich auf 70—100 000 RM.

Wuppertal

Straßenbahnschaffner überfallen

Als der Straßenbahnschaffner des um 1/2 12 Uhr von Solingen kommenden Straßenbahnwagens an der einsamen Haltestelle Greul die Signallaterne bedienen wollte, sprangen aus dem Dunkel zwei Personen auf ihn ein und versuchten unter Vorhalten eines Revolvers ihm die Schaffnertasche zu entreißen. Der Schaffner setzte sich energisch zur Wehr und als die Fahrgäste des Wagens ihm zu Hilfe kamen, flüchteten die Straßenräuber. Es gelang den Banditen, in der Dunkelheit zu entkommen. Erbeutet haben die Täter, die sich durch vorgebundene Tücher unkenntlich gemacht hatten, nichts. Die polizeilichen Ermittlungen sind eingeleitet.

Es muß noch mehr gespart werden!

Der Oberbürgermeister von Wuppertal hat in einem Erlaß für die Verwaltungsstellen bezüglich der Inanspruchnahme von Mitteln einer ganzen Reihe von Haushaltsposten erneut scharfe Sparmaßnahmen erlassen. Die Verlängerung von bereits genehmigten Krediten darf nur mit Zustimmung des Finanzdezernenten erfolgen. Die Mittel des ordentlichen Haushalts dürfen für jeden Monat nur mit einem Zwölftel, die des außerordentlichen Haushaltsplans nur mit Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung in Anspruch genommen werden.

Düsseldorf

„Das Mädchen aus dem goldenen Westen"

die Oper Puccinis wurde in Düsseldorf begeistert vom Publikum aufgenommen. Die Wildwest-Romantik des Stückes hat ihre glänzende Stütze durch die farbige und vitale Musik des großen Komponisten. Bühnenbild und Darstellung waren milieugerecht; die Inszenierung Dr. Schramms gefiel durch ihre starke Wirkung.

Kunst gegen Ware

Von der Düsseldorfer Stadtverwaltung in Verbindung mit dem Reichsverband bildender Künstler e. V., dem Düsseldorfer Verkehrsverein, der Düsseldorfer Geschäftswelt, dem Einzelhandel und der Vereinigung Düsseldorfer Hotels ist eine Hilfsaktion für die Düsseldorfer Künstler eingeleitet worden, die zum Ziel hat, den Künstlern den Austausch ihrer Werke gegen lebensnotwendige Waren zu erleichtern. Es ist geplant, eine Ausstellung von Kunstwerken zu veranstalten, die gegen Waren vertauscht werden sollen.

Neuer Schnelltriebwagen am Rhein

Aus der Werkstätte in Görlitz wird im Mai der erste Schnell-Triebwagen der Reichsbahn auf die Strecke Düsseldorf — Köln — Koblenz gebracht. Das gigantische Schienenfahrzeug fährt im April Probe auf der Strecke Hamburg — Berlin. Es ist mit zwei Maybach-Motoren und Dynamomaschinen ausgerüstet und 42 Meter lang. Die Kopfseiten sind stark abgerundet und laufen fast spitz zu. Im Aeußeren trägt der Blitzzug die Farben des Rheingold-Expreß. Der Wagen kann 180 Kilometer Stundengeschwindigkeit erreichen, wird aber am Rhein auf etwa 150 Kilometer Stundengeschwindigkeit gebracht. Mit der Umänderung der Signalanlagen an der Rheinstrecke ist man bereits beschäftigt, sie ist auch deshalb nötig, weil die Reichsbahn beabsichtigt, auch die FD-Züge mit einer Stundengeschwindigkeit von 120 Kilometer verkehren zu lassen. Der neue Schnelltriebwagen enthält über 100 Sitzplätze und einen Erfrischungsraum.

Köln

Eine Albertus-Magnus-Ausstellung in Köln

Aus Anlaß der Heiligsprechung Alberts des Großen, der einen großen Teil seines Lebens in Köln gelehrt und entscheidend in die Geschicke der Stadt eingegriffen hat, veranstaltet die Stadt Köln im Mai eine Albertus-Magnus-Ausstellung. Diese Sonderausstellung wird in Verbindung mit dem Schnütgen-Museum gezeigt werden und alles enthalten, was unmittelbar zu ihm Albertus Magnus in Beziehung steht. Außer Handschriften, Ur-

Leichttriebwagen für Nebenbahnen

Wir finden im „Anzeiger für Berg-, Hütten- und Maschinenwesen" folgende für uns sehr interessante Mitteilung:

„Die Reichsbahn hat kürzlich einen neuen Leichttriebwagentyp in Betrieb genommen. Zunächst wurden drei Fahrzeuge von den Linke-Hofmann-Busch-Werken bzw. der Deutschen Triebwagen AG eingesetzt, die mit 130-PS-Sechszylinder-Vomag-Benzinmotoren ausgerüstet sind. Die Motorleistung wird über ein vierstufiges, mit Druckluftbetätigung versehenes Wechselgetriebe auf die Triebwagenachsen übertragen. Der Triebwagen, der auf beiden Seiten einen Führerstand besitzt, ist mit 48 Sitzplätzen ausgestattet und hat bei einem Achsstand von 6,2 m eine Gesamtlänge von 12,20 m und eine Stundengeschwindigkeit von 65 km. Die Wagen enthalten außer einem Gepäckraum und der Toilette ein großes Abteil nur 3. Klasse. Sie sind elektrisch beleuchtet, haben reichliche Entlüftung und Heizung, die durch Motorabgabe erfolgt und auf dem Dach mit Kühlern für die Wasserkühlung der Motoren versehen. Druckluftbremsanlage und automatische Feuerlöscheinrichtung am Antriebsmotor vervollständigen die Ausrüstung dieser modernen Reichsbahnfahrzeuge, die den Schienenverkehr auf den Neben- und Kleinbahnen in größerem Umfange übernehmen sollen, weil ihr Aktionsradius groß, ihre Betriebskosten aber nur gering sind. Infolge dieser Vorteile soll zukünftig der Pendelverkehr auf den Neben- und Kleinbahnen in kürzeren Abständen ausgeführt werden".

Hoffentlich geht die Reichsbahndirektion Wuppertal dazu über, einen solchen Pendelverkehr mit Leichttriebwagen, den wir schon des längeren befürwortet haben, nunmehr auch auf unserer Strecke, auf der sich die langen Dampfzüge nicht alle rentieren, einzuführen. Die hiesige Bevölkerung würde ihr für eine solche Einrichtung gewiß dankbar sein und damit die für alle Teile unerquickliche „Zugfrage" eine befriedigende Lösung finden.

Aus dem Rhein-Wupper-Kreis

„Abbruch" des Neuenhammers

Burg a. d. W., 7. April. Vor kurzem berichteten wir, daß eine Person aus Remscheid wegen Abbruchs von Brettern und Balken am Neuenhammer zur Anzeige gebracht worden war. Im gleichen Falle wurden in den letzten Tagen wieder mehrere Personen zur Anzeige gebracht. Wenn hier nicht bald etwas unternommen wird, so erfolgt von unberufener Seite ein systematischer Abbruch des alten Werkes.

Fabrikbrand in Radevormwald

Radevormwald, 7. April. Durch Selbstentzündung entstand am Montagabend in dem Lackier-Trockenraum der Fahrzeugwerke Feldhoff ein Brand. Vergebens versuchte zunächst der Inhaber mit einigen Leuten das Feuer zu löschen. Hierauf entsandte die Feuerwehr Stadt drei mit Gasschutzmasken ausgerüstete Feuerwehrleute zur Brandstätte. Trotzdem diese das Feuer erfolgreich bekämpften, hielt man es in Anbetracht der starken Rauchentwicklung für geraten, die ganze Wehr durch die Sirene zu alarmieren, um so mehr, als die Gefahr bestand, daß sich das Feuer von der Trockenkammer aus auf die im gleichen Raume befindlichen Lackieranlagen (Tauchbottiche und Trockengestelle) ausdehnen und die Feuerwehr durch die starke Rauchentwicklung zu sehr behindern würde. Doch kam, noch bevor die gesamte Feuerwehr zur Stelle war, das Feuer zum Erliegen.

Irrwege einer Beschwerde

Leverkusen, 7. April. Vor längerer Zeit hatte sich, wie wir damals berichteten, die Gemeinnützige Baugenossenschaft beschwerdeführend an den Preiskommissar gewandt, um eine Senkung der Mieten in den Häusern der Baugenossenschaft zu erzielen. Der Preiskommissar hat die Beschwerde an den Arbeitsminister weitergeleitet und dieser an den Wohlfahrtsminister. Von diesem ist sie jetzt der Regierung in Düsseldorf zugestellt worden, die die Angelegenheit prüfen soll. Der endgültige Spruch in dieser Mietangelegenheit dürfte demnach bei der Regierung fallen.

Feuerwehrverbandsfest im Zeichen der Nothilfe

Leverkusen, 7. April. In den Tagen vom 24. bis 25. Juni findet bekanntlich in Leverkusen die Rheinische Feuerwehr-Verbandstagung statt. Von der Städtischen Feuerwehr Leverkusen unter der Leitung von Branddirektor Lützenkirchen sind bereits umfangreiche Vorarbeiten geleistet worden. In einer Versammlung wurde ausdrücklich festgelegt, daß der Oeffentlichkeit keinerlei Kosten durch die Tagung entstehen sollen. Vor allem soll nicht über die im Etat vorgesehenen 500 Mark hinausgegangen werden. Im übrigen soll durch die Tagung sogar die Nothilfe unterstützt werden.

kunden, Bildnissen und Erinnerungsstücken aus städtischem Besitz werden auch Gegenstände aus kirchlichem und privatem Besitz in der Ausstellungsgruppe vereinigt werden.

Die städtischen Bühnen in Köln

bringen nach der erfolgreichen Neuinszenierung des „Tannhäuser" ein Gastspiel Pallenbergs in „Lilion", „Nemobank" und „Familie Schiemek". Darnach folgt in der Oper „Li-Tai-Pe" und im Schauspiel „Zur goldenen Liebe".

Nicht zwangsläufige Ausgaben sind zurückzustellen

Der Finanzausschuß der Kölner Stadtverordnetenversammlung hat den Oberbürgermeister ermächtigt, bis zur endgültigen Feststellung des Haushaltsplanes für 1932 — jedoch bis längstens 1. Juli ds. Js. — die zur Fortführung einer ordnungsmäßigen Verwaltung und zur Erfüllung der der Stadt obliegenden Aufgaben und Verpflichtungen notwendigen Ausgaben zu leisten.

In Ausführung dieses Beschlusses hat der Oberbürgermeister angeordnet, daß alle nicht zwangsläufigen Ausgaben bis zur Verabschiedung des Haushaltsplanes durch die Stadtverordnetenversammlung überhaupt zurückzustellen sind, und daß im übrigen sachliche Ausgaben für jeden Monat nur in Höhe von sechs Prozent des vorjähriges Ansatzes geleistet werden dürfen.

Ein Zeichen der Zeit

Obwohl der Verkehr auf den Kölner Straßen- und Vorortbahnen an den Osterfeiertagen infolge des schönen Wetters sehr rege war und insbesondere die Vorortbahnen sich eines lebhaften Zuspruchs erfreuten, blieben infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse die Einnahmen gegenüber denen des vorjährigen Osterfestes um rd. 17 000 Mark zurück.

Belohnung für die Aufklärung des Postraubs

Für die Ermittlung der Täter, die am letzten Samstag den Einbruchsdiebstahl bei dem Zweigpostamt Köln-Kalk 2 ausgeführt haben, hat die Oberpostdirektion nunmehr eine Belohnung von 500 RM und daneben für die Wiederherbeischaffung des Geldes eine solche bis zu 10 v. H. der wiedererlangten Summe ausgesetzt. Die Verteilung erfolgt durch die Oberpostdirektion unter Ausschluß des Rechtsweges.

Oberbergisches

Zwei Pfennig verschluckt und gestorben

In Bergisch Gladbach verschluckte ein fünfjähriger Junge ein Zweipfennigstück. Nachdem man zuerst im Bergisch Gladbacher Krankenhaus versucht hatte, das Stück zu entfernen, mußte man den Jungen schließlich zur Lindenburg schaffen, wo eine schwierige Operation vorgenommen wurde. Die Operation gelang, aber der Junge starb einige Stunden später.

Ein Kind als Lebensretter!

Beim alten Sportplatz in Morsbach (Kreis Waldbröl) stürzte am Mittwoch nachmittag das vier Jahre alte Söhnchen eines Postbeamten in den stark gestiegenen Wisserbach. Der sieben Jahre alte Sohn des Schmiedemeisters Heinrich Brolamp bemerkte rechtzeitig den Vorfall und sprang in das Wasser. Es gelang dem tapferen Lebensretter unter großen Anstrengungen, seinen Spielgefährten unversehrt ans Land zu bringen.

Zippelbruder erhält Wanderbuch

Mit dem 1. April in der Rheinprovinz in Kraft getreten

Die Notwendigkeit einer Aufsicht über das immer stärker werdende Wanderwesen, die bereits in einzelnen Ländern bestehenden Vorkehrungen durch ein Wanderbuch und die seit Jahresfrist gepflogenen Beratungen des Landesfürsorgeverbandes haben jetzt zu „Bestimmungen über Ausstellung und Führung eines Wanderbuchs in der Rheinprovinz" geführt, die mit dem 1. April d. J. in Kraft getreten sind. Als Wanderer im Sinne dieser Bestimmungen gelten Leute, die außerhalb ihres Wohnorts oder ohne festen Wohnsitz Arbeit suchend umherziehen. Die Wanderer sollen ein Wanderbuch führen, für dessen Ausstellung die Bezirksfürsorgeverbände, die kreisangehörigen Städte und Aemter und die Leiter von Arbeiterkolonien und andern Einrichtungen der Wandererfürsorge zuständig sind. Der Wanderer muß mindestens 18 Jahre alt und arbeitsfähig sein. Die Ausstellung eines Wanderbuchs kann abhängig gemacht werden von der vorherigen Bekundung des Arbeitswillens des Wanderers. Die Einrichtungen der freiwilligen Wandererfürsorge sollen nur solche Wanderer aufnehmen, die ein Wanderbuch besitzen. Auch alle übrigen Stellen der freien Wohlfahrtspflege sollen ihre Unterstützungen möglichst nur Wanderern, die ein Wanderbuch vorweisen können, gewähren.

Das Wetter von heute und morgen

Unbeständig und sehr kühl mit wiederholten Schauern, frische westliche bis nordwestliche Winde.

Der Haushalt der Rheinprovinz

Der Haushaltsplanentwurf 1932 der Provinzialverwaltung der Rheinprovinz ist ein ausgesprochener Nothaushaltsplan. Er ist durch

stärkste Ausgabendrosselung,

die durch die ständig sich erhöhenden Steuerausfälle auf der Einnahmeseite bedingt ist, gekennzeichnet.

Der bereinigte Bruttohaushaltsplan,

d. h. der Haushaltsplan unter Weglassung der nur durchlaufenden Posten und der Verrechnungen innerhalb des Haushaltsplanes, schloß nach den Ansätzen des Vorjahres unter Berücksichtigung der im Laufe des Vorjahres angeordneten Umlageerhöhung in Einnahme und Ausgabe mit 95 094 394 RM. ab. Der entsprechende Abschluß beträgt im neuen Haushaltsplan in Einnahme und Ausgabe mit 71 605 596 RM., d. i. ein Rückgang von annähernd 25%. Das Bild der Abdrosselung tritt aber erst dann im vollen Umfange in die Erscheinung, wenn man berücksichtigt, daß im Vorjahre neben dem ordentlichen Haushaltsplan noch der außerordentliche Haushaltsplan, der in Einnahme und Ausgabe mit 18,2 Mill. abschloß, vorhanden war, während für das neue Haushaltsjahr

ein außerordentlicher Haushaltsplan überhaupt fehlt.

Die im neuen Haushaltsplan geschätzten Einnahmeausfälle an Ueberweisungen von Reich und Staat verteilen sich auf die einzelnen größeren Positionen wie folgt: Dotationen des Staates 6,5 Mill. gegen 11,6 Mill. i. V. gleich einem Rückgang von 44,3%, Anteil aus der Reichseinkommensteuer mit 5 Mill. gegen 7,5 Mill. i. V., gleich 33,3% weniger, Anteil aus der Reichskörperschaftssteuer mit 500 000 RM. gegen 1,4 Mill. i. V., gleich 65,53% weniger, Anteil aus der Reichskraftfahrzeugsteuer mit 14,5 Mill. gegen 17 Mill., gleich 14,7% weniger, und Staatszuschuß für Fürsorgeerziehung mit 3,08 Mill. gegen 5.04 Mill. i. V., gleich 38,88% weniger. Diese Schätzungen folgen zwar Berechnungen, die man bei Aufstellung des neuen preußischen Haushaltsplanes angestellt hat. Man muß sich aber darüber völlig klar sein, daß

die Einnahmeseite in ihrer Entwicklung noch ganz unsicher

ist. Neben den Mindereinnahmen an Ueberweisungssteuern von Reich und Staat werden aber auch an Provinzialumlage, Anstaltspflegekosten und sonstigen Einnahmen erhebliche Ausfälle eintreten. Bei der Provinzialumlage wird mit einem Weniger von 3,8 Millionen gerechnet, obwohl die Prozentsätze der Provinzialumlage denen des Vorjahres entsprechen, nämlich 11,97%. Der Provinzialausschuß hat den absinkenden Einnahmen bereits im letzten Rechnungsjahr durch

starke Abstriche auf der Ausgabenseite

Rechnung getragen. Die Durchführung der Maßnahmen auf Grund des außerordentlichen Etats 1931 auf den Gebieten des Verkehrswesens, der Wirtschaftspflege und der Volksfürsorge mußten im wesentlichen infolge der Unmöglichkeit der Anleihebeschaffung überhaupt zurückgestellt werden. Die im außerordentlichen Haushaltsplan vorgesehene Erhöhung der Stammeinlage bei der Landesbank erfolgte bisher nur in Höhe von 2,5 Mill. RM. Besonders mußten natürlich die freiwilligen Aufgaben weitgehenden Einschränkungen unterworfen werden, bei dem Kapitel

Volksfürsorge

ist aber möglichst Halt gemacht worden, da hier eine Drosselung für die Zukunft der Bevölkerung verhängnisvoll werden kann oder deren Streichung zu zwangsläufigen Mehrausgaben an anderen Stellen des Etats früher oder später führt. Die zur Volksfürsorge gehörende Fürsorge für Landhilfsbedürftige weist eine Steigerung der Ausgaben von 3,8 auf 4,7 Mill. RM. auf.

Der Besoldungsaufwand

des Provinzialverbandes ist in der Hauptsache infolge der wiederholten prozentualen Gehaltskürzungen und der Herabsetzung der Kommunalgehälter, aber auch durch Abbaumaßnahmen, insgesamt um 3,5 Mill. RM. einschließlich Ruhegehälter, jedoch ausschließlich des Besoldungsaufwandes der selbständigen Institute zurückgegangen, das bedeutet gegenüber den Ansätzen des Vorjahres (17,4 Mill.), die bereits die erste Gehaltskürzung um 6% berücksichtigten, eine weitere Kürzung um 20,27%.

Die Ausgabenposition Verzinsung und Tilgung der Anleihen

ist von rd. 8,51 Mill. auf 7,1 Mill. RM. heruntergegangen. Der jetzige Stand der äußeren Verschuldung beträgt für Straßenbauzwecke 46 075 173 RM., für Hochbauzwecke 6 166 060, für Landeskulturzwecke 1 771 827 und für Beteiligungen 13 581 855, durchlaufend stehen dann noch 950 000 RM. zu Buch und für Sonstiges 5 361 896, so daß die

Gesamtverschuldung 73 906 811 RM.

ausmacht. Ueberblickt man die äußere Verschuldung des Provinzialverbandes in Verbindung mit der Verwendung der Anleihen, so dürfte diese Verschuldung bei der größten preußischen Provinz mit 6,7 Millionen Einwohnern keineswegs überspannt sein, denn abgesehen davon, daß ein Teil der Verschuldung an anderer Stelle wieder Kapital des Provinzialverbandes geschaffen hat, ist vor allem zu berücksichtigen, daß ungefähr 60% der vom Provinzialverband aufgenommenen Anleihen im Interesse des Straßenbaues aufgenommen wurden und daß für die Verzinsung und Tilgung dieser Anleihen ein Teil der aufkommenden Kraftfahrzeugsteuer zur Verfügung steht. Zur Rückzahlung fälliger Kredite und zur Teilzahlung auf die Stammeinlageerhöhung bei der Landesbank werden 8,5 Mill. (i. V. 9,3 Mill.) RM. verwandt. Der Vorschlag einer Beibehaltung der im vergangenen Jahre von der Staatsregierung festgesetzten

Umlageerhöhung

auch für das Rechnungsjahr 1932 wird vom Provinzialausschuß nur unter den schwersten Bedenken gemacht. Die ständig wachsende Notlage der Steuerzahler in Stadt und Land läßt jede weitere Belastung als fast unmöglich erscheinen. Wenn der Provinzialausschuß diesen Vorschlag macht, so geschieht es, um Reich und Staat, von denen erwartet werden muß, daß sie nach der Hilfe, welche den Privatbanken geworden ist, nunmehr auch an eine endgültige Sanierung der Landesbank heranzugehen, zu zeigen, daß die Provinz selbst alles ihr zur Mithilfe bei dieser Sanierung irgend Mögliche beizutragen bereit ist.

Westdeutsches

Keine Gehälter für die Lehrer

Datteln, 7. April. Von dem Bürgermeister des Amtes Datteln mußte die Auszahlung der Lehrergehälter verweigert werden, da der Kassenbestand des Amtes für die Unterstützung der Arbeitslosen verwandt werden muß. Von der Lehrerschaft wurde telegraphisch Beschwerde in Berlin eingelegt. Die Mittel des Amtes sind so gering, daß auch die Unterstützung an die Arbeitslosen nur in Raten zur Auszahlung gelangen kann.

Vier Personen in einer Brennerei schwer verbrüht

Trier, 7. April. In einer Brennerei auf dem Irscherhof bei Trier setzten sich während der Mittagspause ein Arbeiter und zwei Arbeiterinnen dicht an den in Betrieb befindlichen Brennkessel. Plötzlich hob sich der Deckel des Kessels und die siedend heiße Masse ergoß sich auf die drei am Kessel sitzenden Arbeiter, die sehr schwer verbrüht wurden. Der zur Hilfe herbeieilende Meister der Brennerei wurde ebenfalls schwer verletzt. Alle vier Personen mußten ins Krankenhaus gebracht werden.

Geld liegt auf der Straße!

Mainz, 7. April. Auf einem Grasplatz in Mainz-Kastel fanden spielende Kinder gültige Reichsbanknoten im Werte von 100, 50, 20 und 10 Mark. Die Geldscheine, deren Herkunft noch nicht bekannt ist, sind von den Kindern teilweise zerrissen worden, da sie keine Kenntnis von dem Wert der Scheine hatten.

Reicher Kindersegen

Aus der Eifel, 7. April. In Stadtkyll wurde die Frau eines Eisenbahners Mutter von Drillingen, und zwar von drei Knaben. Vor einigen Jahren gebar die gleiche Frau schon einmal Drillinge, damals drei Mädchen.

Der Schwindler im Krankenhaus

Er ließ sich operieren, ohne krank zu sein, um „bequem" leben zu können

Unter dem Vorwande, an einem Blinddarmleiden zu kranken, hatte sich der Bergmann Paul Briks in einem Krankenhaus in Gladbach-Rheydt Unterkunft und Verpflegung erschwindelt. Die Polizei stellte fest, daß er ähnliche Schwindeleien schon in einem anderen Gladbacher Krankenhaus und auch in Aachen, Stolberg, Bardenberg und Erkelenz begangen hat, um „bequem" leben zu können. In Stolberg ließ er sich sogar wegen angeblicher Schmerzen am Blinddarm operieren, obwohl er vollkommen gesund war. Nach längerem Leugnen gestand Briks. Er konnte auch zahlreicher anderer Gaunereien überführt werden. So hat er mehrere junge Mädchen, denen er die Heirat versprochen hatte, um Geldbeträge geprellt. Seine letzte Arbeitsstelle in Eschweiler hatte er verlassen, um sich der Unterhaltungspflicht für ein uneheliches Kind zu entziehen.

Schweres Motorradunglück

Ein Toter, ein Schwerverletzter

Abends gegen 23 Uhr fuhren zwei Männer mit einem Motorrad in Saarburg bei Trier in schneller Fahrt auf den Bürgersteig, wobei sie mit dem Kopf gegen einen gemauerten Gartenpfosten geschleudert wurden. Beide erlitten schwere Schädelbrüche, die bei dem einen den sofortigen Tod herbeiführten und die Ueberführung des anderen in ein Krankenhaus erforderlich machten.

Blutige Eifersuchtstragödie

Die Geliebte überfallen und schwer verletzt — Selbstmord des Täters?

Am Mittwoch früh gegen 1.40 Uhr wurde die 18jährige Verkäuferin Therese Billstein aus der Wanner Str. 25 in Gelsenkirchen in der Nähe der elterlichen Wohnung in einer Grünanlage mit einer schweren Stichwunde in der Brust von Zivilpersonen aufgefunden. Die sofort benachrichtigte Polizei veranlaßte die Ueberführung der Verletzten ins Krankenhaus. Das Mädchen schwebt in Lebensgefahr. Als Täter kommt der 20jährige Handlungsgehilfe Hans Krause aus Gelsenkirchen in Frage, der flüchtig ist. Die Nachforschungen sind im Gange. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Täter freiwillig den Tod gesucht hat. Das Motiv der Bluttat ist in Eifersucht zu suchen.

Gestohlene Kirchengeräte

Ausschachtungsarbeiten fördern die Beute nach 12 Jahren zutage

Bei Ausschachtungsarbeiten auf einem unbebauten Grundstück in der Bauernschaft Gievenbeck bei Münster wurden in 1 Meter Tiefe zerbrochene Kirchengeräte, und zwar eine zweiteilige Custodia und zwei romanische Ciborien gefunden, sichergestellt und der Kriminalpolizei übergeben. Die Gegenstände waren in Zeitungspapier aus dem Jahre 1920 verpackt, so daß angenommen wird, daß die Geräte in dieser Zeit aus der Kirche „Zum guten Hirten" in Gievenbeck gestohlen worden sind.

Das Neueste

Die Verhandlung gegen den früheren Reichswehrleutnant Richard Scheringer vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig hat außerordentliche polizeiliche Sicherungsmaßnahmen erforderlich gemacht. Nachdem es in der vergangenen Nacht in verschiedenen Teilen der Stadt bereits zu gewaltsamen Auseinandersetzungen gekommen war, zeigten sich auch am heutigen Morgen die Kommunisten allenthalben sehr erregt. Der Reichsgerichtsplatz wurde durch ein starkes Polizeikommando abgesperrt. Ansammlungen wurden nicht geduldet. Als gegen 8,45 Uhr der Gefangenenwagen mit dem Angeklagten, bedeckt durch ein starkes Streifenkommando ins Reichsgericht vorfuhr, ertönten von vielen Seiten „Rot Front"-Rufe. Die Polizei stellte alsbald die Ordnung wieder her.

Heute früh um 8,55 Uhr ist der König von Schweden in Berlin eingetroffen und hat sich zur schwedischen Gesandtschaft begeben.

Wie verlautet, beträgt der Fehlbetrag im polnischen Staatshaushalt für 1931/32 nach amtlicher Zusammenstellung rund 220 Millionen Zloty (über 100 Millionen Mark). In den nächsten Tagen soll ein Steuermoratorium für die Landwirtschaft erlassen werden.

In der tschechoslowakischen Presse kommt eine starke Besorgnis über den eigentlichen Inhalt des französischen Donauplans zum Ausdruck.

Die Nachrichten aus dem rumänischen Ueberschwemmungsgebiet lauten immer alarmierender. Der Schaden ist unermeßlich. Etwa 50 Personen sollen ums Leben gekommen sein. 40 Eisenbahnlinien sind außer Verkehr gesetzt. Die Stadt Sorokka ist zum größten Teil zerstört. Das Zigeunerviertel in Bukarest ist völlig überschwemmt.

Am Mittwoch ereignete sich in Paris ein neuer Bankkrach. Auf Anordnung des Untersuchungsrichters ist die Bank Robert geschlossen worden.

Der französische Donauplan wird vom „News Chronicle" dahin charakterisiert, daß er Oesterreich fiskalisch mit der Tschechoslowakei und Rumänien statt mit Deutschland verbinden wolle.

Wie die „Times" meldet, beabsichtigen die deutschen Vertreter in London, die Bildung eines Zollvereins vorzuschlagen, der alle Länder des Donaubedens einschließlich Deutschland, Italien, Polen und möglicherweise auch die Tschechoslowakei umfasse.

In Londoner Presseäußerungen wird bezweifelt, daß es gelingen werde, die Meinungsverschiedenheiten auf der Viermächtekonferenz vor deren Abschluß zu überbrücken.

Der österreichische Gesandte hat gestern Mac Donald eine Denkschrift zugestellt, in der Oesterreich um Vorzugsbehandlung seiner industriellen Ausfuhr ersucht.

Die irische Regierung hat nunmehr auch von Seiten der Südafrikanischen Regierung eine Erklärung erhalten, in der die irische Stellungnahme in der Frage des Treueides verurteilt wird.

In St. Johns (Neufundland) fanden am Mittwoch-Abend weitere Unruhen und Umzüge statt, bei denen erneut der Rücktritt des Ministerpräsidenten gefordert wurde.

An der mandschurisch-koreanischen Grenze fand eine große Schlacht zwischen Japanern und chinesischen irregulären Truppen statt, in der 500 Chinesen getötet und 3000 verwundet wurden.

Gute Fahrt des „Graf Zeppelin"

Das Luftschiff „Graf Zeppelin" befand sich auf seiner zweiten diesjährigen Südamerikafahrt heute Morgen um 4 Uhr Greenwicher Zeit 5,25 Grad Nord und 28,32 Grad West.

Wie die Hamburg-Amerika-Linie mitteilt, hat das Luftschiff „Graf Zeppelin" heute Morgen um 9,50 Uhr MEZ den Aequator passiert.

Diese Ausgabe umfaßt 10 Seiten
einschl. „Unterhaltungsbeilage"
Verantwortl. Schriftleiter: Willy Claas; für Provinz, Allgemeines und Sport: Josef Maaßen, beide in Burscheid.
Druck und Verlag: Hermann Claas, Burscheid, Mittelstraße 10.

Es dauerte eine geraume Weile, ehe die Antwort kam.

„Pa, das heißt?"

„Das heißt, Eliza, daß Karner . . . wahnsinnig ist, oder daß er ein Titan ist, der der Welt ein ganz anderes Gesicht verleihen will. Ich für meinen Teil denke sehr pessimistisch."

„Der Gedanke ist so ungeheuer groß, Pa, daß er einem den Atem nimmt. Was willst du tun?"

„Was ich tu? Kind, du fragst, als ob es sich um eine geschäftliche Transaktion handele. Laß mich erst zu Verstand kommen! In mir sträubt sich alles dagegen, weil ich neue Verwicklungen sehe, weil ich befürchte, daß unsere Volkswirtschaft durch diese neue Situation in ihren Grundfesten erschüttert werden kann. Der Kaufmann, der Rechner meldet sich in mir, der nur mit dem Tatsächlichen, Realen rechnet. Und doch . . .!"

„Was, Pa?"

„Und doch . . . der Gedanke ist so groß, daß man sich beinahe schämt, ein Wort dagegen zu sprechen. Man möchte am liebsten mithelfen, daß der Gedanke, daß das Wort zur Tat werde. Verstehst du mich, Eliza?"

„Ich fühle, was in dir vorgeht."

Nach geraumer Zeit begann Storm-Naugardt wieder: „Monsieur Journart besucht mich morgen abend. Was soll ich ihm sagen? Ich bin unsicher wie ein Kind."

„Die Wahrheit, Pa!"

„Die Wahrheit? Ich wage es nicht! Ich denke immer noch, daß sich Herr Karner eines Besseren, eines anderen besinnt."

Da antwortete das blonde Mädchen fest: „Da kennst du Herrn Karner schlecht. Seine Rede gilt. Er wird nie einen Kompromiß eingehen. Hat er dir Schweigen auferlegt?"

„Nein!"

„Dann sage Journart die Wahrheit. Einmal muß es die Welt doch erfahren. Denke daran, daß Karners schärfste Waffe seine rücksichtslose Offenheit ist."

„Ich werde es Journart sagen, Eliza. Es wird richtig sein. Wir wollen uns aber morgen weiter aussprechen. Ich habe das Gefühl, daß hier jedes Abseitsstehen Feigheit wäre."

„Das fühle ich auch, Pa!" sagte die Tochter tief aufatmend.

8.

Am nächsten Morgen sahen die Arbeiter Karner schon früh durch die Hallen schreiten. Sie erwiderten seinen herzlichen Gruß. Hin und wieder richtete Karner an den einen oder anderen Arbeiter Fragen, erkundigte sich nach seinem Ergehen und hörte an, was er auf dem Herzen hatte.

Das geduldige Eingehen auf berechtigte Wünsche, hatte Karner die größte Sympathie erworben. Die Arbeiter wußten, daß er gerade und unbestechlich war. Er sprach ja oder nein. Er vertröstet keinen, sondern tat gleich, was er konnte. Er scheute sich auch nicht, gelegentlich einmal recht unbarmherzig die Wahrheit zu sagen, denn es gab auch unter seinen Leuten Querulanten, die das Entgegenkommen des Herrn der Karnerwerke auszunutzen versuchten.

An die Besichtigung der Werke schloß sich ein Spaziergang durch die Karnerstadt an.

* * *

Anne Walthaus saß mitten im Zimmer des alten Musikers mit den beiden Kindern zusammen.

Wenn die braunhaarige Anne mit ihnen spielte und ihnen Geschichten erzählte, war alles Herbe aus dem jungen Mädchenantlitz verschwunden.

In solchen Augenblicken war Anne schön wie eine anmutige Märchengestalt.

Eben hatte sie das Märchen vom Dornröschen begonnen.

Mitten im Erzählen aber stockte sie, denn im Rahmen der Tür stand plötzlich Karner.

Verwirrt strich sie das Braunhaar aus dem Antlitz und wollte sich erheben. Karner trat rasch ins Zimmer.

„Bleiben Sie sitzen, Fräulein Walthaus," sagte er lachend. „Bleiben Sie und erzählen Sie das Märchen zu Ende. Ich will zuhören. Sie schauen aus wie die leibhaftige Märchenfee."

Und ehe sie ein Wort der Entgegnung finden konnte, hatte er sich auf dem Teppich niedergelassen und den kleinen Erik zu sich herübergezogen.

Das Kind sah ihn ein wenig scheu an. Dann faßte es Mut und sagte: „Guter Onkel!"

Das tat Karner wohl. Er strich dem Kind über die geröteten Wangen und sagte herzlich: „Ich bin dir gut, kleiner Mann. Aber jetzt soll uns die Tante das Märchen erzählen."

Der kleine Erik nickte froh und schmiegte sich an Karner.

Stockend begann das Mädchen wieder zu erzählen. Aber bald wurde ihre Rede freier, und sie erzählte aus dem Herzen heraus.

Als sie zu Ende war, sah sie in drei leuchtende Augenpaare. Sie wurde wieder verwirrt, als Karner sagte: „Und weil wir so brav zugehört haben, erzählt uns Tante noch ein Märchen."

Und Anne erzählte das Märchen vom Brüderchen und Schwesterchen, die wunderselige Geschichte von der Geschwisterliebe, in der das Brüderchen in ein Reh verwandelt wird und das Schwesterchen es wieder von dem Zauber erlöst.

Anne war fast zu Ende, als sie einen scheuen Blick auf Karner warf. Er hatte die Augen geschlossen, sein Antlitz war tiefernst.

Anne erschrak. Was ging in Karner vor?

Stockend erzählte sie zu Ende.

Dann wandte sie sich Karner zu und fragte: „Hat Ihnen das Märchen nicht gefallen, Herr Karner?"

„Doch, Fräulein Walthaus. Aber ich habe denken müssen, daß ich sehr einsam bin."

„Nein, Herr Karner," sagte sie, „Sie sind nicht einsam. Alle, die mit Ihnen schaffen, lieben Sie!"

„Mein Werk lieben sie."

„Nein!" Leidenschaftlich sprach das Mädchen. „Nicht nur das Werk. Den Menschen, den großen Karner!"

„Sprechen Sie nicht so! Rauh kam es von Karners Lippen.

Anne sah ihn angstvoll an. „Groß! Was ist groß? Gott ist groß. Wir Menschen sind klein, so sehr wir uns mühen."

Die Kinder hörten die ernsten Worte Karners. Sie verstanden sie nicht und sahen sich bang an.

Karner bemerkte es und fuhr ihnen liebkosend über das Haar.

„Ihr Kinder!" sagte er zärtlich. „Ihr Geschöpfe Gottes. Wohl denen, die euch betreuen, die euch den Weg bereiten dürfen. Glauben Sie mir, Fräulein Walthaus, daß ich jeden Lehrer um sein Amt beneide?"

Sie nickte stumm.

„Ich glaube, ich wäre kein schlechter Lehrer, weil ich die Kinder liebe, und . . weil ich Sehnsucht in mir trage, daß ich auch Liebe erfahre. Ich habe einen Mann an meiner

Der grosse Karner

ROMAN VON WOLFGANG MARKEN

17

Seite, dem ich blind vertraue und der mir alles wert ist. Sie kennen ihn, den Hallenbach. Ich glaube, ich habe ihn lieb wie einen Bruder. Und er . . er achtet mich hoch, zu hoch, er geht für mich durchs Feuer, ich weiß es. Aber eins kann er mir nicht geben. Die Ehrfurcht in ihm, die Hochachtung ist stärker als das Brudergefühl."

„Er liebt Sie, Herr Karner. Er wagt nur nicht, es Sie fühlen zu lassen."

Voll Ueberzeugung war ihre Stimme, und sie suchte seine Augen.

„Leben . . . Ihre Eltern noch?"

„Ich habe sie nie gekannt."

„Und . . . Ihre Geschwister?"

„Ich habe keine. Ich bin allein, muß allein sein. Ich sehne mich nach ein wenig Herzensgüte und Liebe. Als Sie das Märchen vom Brüderchen und Schwesterchen erzählten, da dachte ich, wie köstlich es sein müsse, wenn so ab und zu einmal eine gütige Mutterhand über die heiße Stirne striche. Oder die Hand einer Schwester."

Anne war erschüttert. Zum ersten Male tat sie einen Blick in sein Inneres.

„Herr Karner!" bat das Mädchen weich. „Wenn ich Ihnen helfen dürfte!"

„Sie meinen es gut, Anne! Verzeihen Sie, daß ich Sie einmal so nenne. Ich bin Ihnen dankbar. Aber Ihre Kraft, Ihre Freude muß den anderen gehören. Ihre Aufgabe verlangt soviel Hingebung und Güte, daß ich neidlos bin und gern abseits stehe. Bleiben Sie Ihrem Amt treu, dann erfüllen Sie den besten Dienst, dann helfen Sie mir."

Er machte eine Pause. Sie hörte seinen unruhigen Atem und merkte, daß er tieferregt war.

„Gestern, Fräulein Anne," begann er wieder, „hat man von mir endlich wissen wollen, ob ich auch anderen Völkern den Segen meiner Erfindung zuteil werden lasse. Gestern habe ich Antwort gegeben, gestern habe ich gesagt, was ich will. Ich will die Freiheit der Welt mit meiner Erfindung durchsetzen, will die tausendfältige Lüge, die über der Welt liegt, zerschlagen. Das habe ich gesagt. Morgen weiß es die Welt. Und morgen wird man sagen. Karner ist wahnsinnig geworden."

Wie eine Stimme aus einer anderen Welt klang es zu Anne. Und die Stimme schwoll an, wurde heiß, erregt und voll Leidenschaft, riß das Mädchen mit.

„Glauben Sie mir, Anne, ich kenne die Welt, ich kenne die Menschen und weiß, wie gut und schlecht sie sind. Ich weiß, wie geknechtet viele Völker sind. Ich habe in ihre Seelen gesehen, und drum muß ich es wagen. Ich bin so klar wie Sie, Anne. Ich bin so voll Demut wie Sie, Anne. Ich weiß, daß ich nur ein Staubkorn in der Ewigkeit bin, aber ich vermag doch tausendmal mehr als andere, denn ich liebe die Menschen. Ich will ihnen helfen, weil ich sie liebe. Ich weiß, daß Haß, Undank und Erbärmlichkeit auf mich warten, ich weiß es, und muß es doch tun. Jetzt beginnt der Kampf der Hunderttausende gegen einen. Jetzt werden sie mich hetzen. Aber ich weiß, daß Menschen um mich sind, die zu mir halten werden in gerechter Treue. Und auch auf Sie rechne ich, Anne. Denken Sie jetzt, ich bin der tote Bruder, den Sie so abgöttisch liebten, denken Sie es, Anne, und stehen Sie zu mir. Wir wollen das Größte schaffen, was Menschen schaffen können. Geben Sie mir Ihre Hand darauf, Anne."

Annes schmale Hand zitterte, als sie Karners Finger umspannten. Sie mußte an den toten Bruder denken.

„Warum zittern Sie, Anne?" fragte Karner leise.

„Ich habe . . . an meinen Bruder gedacht."

„Wünschten Sie, daß ich . . . Ihr Bruder wäre?"

Da schrie sie auf: „Nein! Nein! Nur das nicht!"

Da war es lange still im Raum, bis eine müde Stimme fragte: „Warum nicht, Anne? Sie hatten ihn doch so lieb! Warum nicht, Anne? Sagen Sie es mir! Ich bin und bleibe der Karner."

Doch sie schüttelte heftig den Kopf, stöhnte auf und sagte tonlos: „Ich . . . weiß es nicht, Herr Karner. Ich weiß es nicht. Ich kann's nicht sagen."

Da erhob sich Karner.

„Leben Sie wohl, Anne! Vergessen Sie nicht, daß ich . . immer auf Sie rechne. Mein Wort soll zur Tat werden."

Als die Kinder wieder allein mit dem Mädchen waren, umschlangen sie Anne, die noch am Boden kauerte

Sie fühlten, daß Anne weinte.

„Warum weinst du, Tante?" fragte die kleine Eva-Marie „Hat dir der Onkel wehgetan?"

Da riß sie das Kind stürmisch an sich und drückte es „Nein, Kind! Nein! Der Karner kann keinem Menschen . . . Der ist so gut wie Gott! Du mußt ihn lieben!" Und dann flüsterte sie dem Kind etwas ins Ohr und küßte es innig in überströmender Herzlichkeit.

* * *

Am gleichen Abend war Journart bei Storm-Naugardt zu Gast. Der große, breitschultrige Franzose mit dem Napoleonsbart war der liebenswürdigste, geschmeidigste Gesellschafter, den Eliza je kennengelernt hatte.

Nach dem Essen zog sich Eliza zurück, und Storm-Naugardt berichtete dem französischen Großindustriellen, was ihm Karner gesagt hatte.

Der Franzose war eine Weile wie vor den Kopf geschlagen.

„Monsieur," rief er dann erregt und sprang auf, „das ist ja Wahnsinn! Monsieur Karner ist wahnsinnig. Diese Forderungen wird die französische Nation nie erfüllen."

Storm-Naugardt nickte sehr ernst.

„Ich weiß es, Monsieur Journart. Darum, meine ich, werden Sie mit Karners Strom in absehbarer Zeit nicht rechnen können."

„Man wird ihn zwingen!"

„Zwingen?"

Storm-Naugardt stand auf. Seine kleine Gestalt wuchs förmlich bei seinen Worten. „Zwingen! Sagen Sie das nicht, Monsieur Journart! Sie kennen Karner nicht. Der kann zugrunde gehen, aber er läßt sich nicht zwingen. Das sagt Ihnen der nüchterne Kaufmann Storm-Naugardt!"

Journart hatte eine Antwort auf den Lippen, aber er unterließ sie.

„Kann ich von Ihrer Erklärung Gebrauch machen, Monsieur Storm-Naugardt?"

„Jeden! Die Welt muß es doch einmal erfahren."

„Ich will es unserem Botschafter in Berlin mitteilen, der soll die erforderlichen Schritte tun."

Nach wenigen Minuten verabschiedete sich Journart.

* * *

In Berlin rasten die Zeitungshändler durch die hellerleuchteten Straßen und schrien Extrablätter aus.

Die Menschen gerieten in Staunen. Es war gewaltig, was auf sie einstürmte.

In dem Extrablatt stand zu lesen, was Karner von den Völkern für seinen Strom verlangte.

Die Freiheit der Welt!

Die Abrüstung der Staaten und die Selbständigkeit der Völker.

Die Menschen sahen sich einander an. „Es ist Wahnwitz!" so sagten sich viele der Klugen und Feigen. Aber sie wagten nicht es auszusprechen. Der gewaltige Gedanke verschlug ihnen den Atem.

* * *

Der Rundfunk schrie es in die Welt.

Die Völker horchten auf und hielten den Atem an.

Freiheit der Welt!

Stand das Morgenrot einer neuen glücklichen Zeit am Horizont? Würde es dem Giganten Karner gelingen, seinen Willen zur Tat werden zu lassen?

* * *

In Rußland und China, überall da, wo man vor allen Dingen England glühend haßte, fand Karners Wort begeisterten Widerhall.

Und die deutsche Regierung?

Sie schwieg vorläufig. Karners Erklärung überraschte sie zwar und machte sie bestürzt, aber sie betrachtete Karners Wort nur als Aeußerung eines Privatmannes.

Die Presse beschäftigte sich aufs Lebhafteste mit Karners Gedanken. Im Anfang sehr vorsichtig. Als aber die Presse der betroffenen Großmächte in äußerster Schärfe gegen den „unsinnigen, größenwahnsinnigen Gedanken Karners" ins Feld zog, wurden auch die Ausführungen der deutschen Presse schärfer und leidenschaftlicher. Man glaubte zwar nicht, daß es Karners letztes Wort sei, verteidigte es aber im Prinzip als gerecht und groß. Die deutsche Presse stellte sich hinter Karner.

Und . . England?

Die englische Regierung schwieg, und die Presse vertrat in kurzen, nüchternen Artikeln den Standpunkt, daß nichts so heiß gegessen wird, wie man es kocht.

Staatssekretär Bellock stieß auf abweisende, kühle Mienen, als er der Regierung die Gefahr vorstellte.

Die Regierung glaubte an keine Gefahr, sondern war fest überzeugt, daß eine entscheidende Krise durch entsprechende Abmachungen mit der deutschen Regierung zu vermeiden sei.

Was ging sie Karner an!

Man würde nie mit ihm, sondern nur mit der deutschen Regierung verhandeln.

Aber Staatssekretär Bellock, der glühende Patriot, erhielt die Vollmachten, die er sich ausbat.

„Ich werde handeln, sagte er zum Außenminister.

Der sagte verbindlich: „Dem steht nichts im Wege. Aber . . . Sie handeln, Lord Bellock, nicht die englische Regierung. Wir können Sie, wenn es schlecht ausläuft, nicht decken. Darüber müssen wir uns klar sein."

„Das ist mir gleich!" sagte Bellock verbissen.

* * *

Karnerstadt war eine grüne, blumenreiche Stadt geworden. Wladimir Michailoff, der ernste Russe, ging in seinem Schaffen auf.

Mit verträumten Augen schritt er durch Karnerstadt, unermüdlich bedacht, sie zu schmücken.



Zertrümmerte Größe

In der ganzen Welt hat es die größte Überraschung hervorgerufen, als bekannt wurde, daß der schwedische Zündholzkönig und Weltfinanzmann Kreuger die Bilanzen seiner Unternehmungen seit Jahren gefälscht hat. Der „Königliche Kaufmann", wie er von vielen genannt wurde, ist von seinem Postament gestürzt, und alle — auch viel Deutsche — die ihr Geld in Kreuger-Aktien angelegt haben, weil es ihnen so am sichersten schien, haben heute zum Verlust auch die Blamage